

Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Beifüllgeld);
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stainingh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Befenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen
für die breitgepaltene Bevölkerung über deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Agiert kräftig für die Stärkung der Organisation. Haltet Euren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: Die Ergebnisse der „Reichsfinanzreform“. — Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung. — Politische Umstöße. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Wahlregelungen, Differenzen. Der Kampf in Wien — heftig. Maurerkämpfe in der Schweiz. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Quartalsabrechnung des Verbandes. Berichte. Christliche Abgeordnete. — Der Lohnkampf. — Central-Krankenkasse. — Von Bau: Unfälle, Arbeitserkrankungen, Subventionen usw. — Aus anderen Berufen: Gewerkschaftliche Rechtsprechung und Arbeitsversicherung. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefe. — Anzeigen.

Die Ergebnisse der „Reichsfinanzreform“.

II.

Schlimmer und bedenklicher noch als die Biersteuer und die Zigarettensteuer ist die Fahrkartensteuer, die vom 1. August d. J. an in Wirklichkeit treten wird. Diese Steuer im „Zeitalter des Verkehrs“ bedeutet eine unerhörte wirtschaftliche Schädigung weiterer Volkskreise, eine immense Erhöhung und Verhinderung des Verkehrs, von dessen Gleicherung und Förderung doch so sehr viel für das wirtschaftliche Leben der Nation abhängt. Während die Regierungsvorlage nur zwölf Millionen Einnahmen aus dieser Steuer vorsah, hat sie die Reichstagsmehrheit unter Führung des Zentrums auf 50 Millionen hinaufgeschraubt!

Der Fahrkartenstempel trifft nicht nur den von Ort zu Ort auf größere Entfernungen reisenden Teil des Publikums, sondern auch den, der nur die heimischen Verkehrsseinrichtungen — Eisenbahnen, Straßenbahnen, Schiffe — benutzt. Ihre Stala steht folgende Beträge für die einzelne Fahrkarte vor:

| | 3. Klasse | 2. Klasse | 1. Klasse |
|--------------------|-----------|-----------|-----------|
| | M. | M. | M. |
| Von 60 M. bis M. 2 | 5 | 10 | 20 |
| " mehr als 2 — 5 | 10 | 20 | 40 |
| " 5 — 10 | 20 | 40 | 80 |
| " 10 — 20 | 40 | 80 | 160 |
| " 20 — 30 | 60 | 120 | 240 |
| " 30 — 40 | 90 | 180 | 360 |
| " 40 — 50 | 140 | 270 | 540 |
| über M. 50 | 200 | 400 | 700 |

Danach sind zwar die Einzelfahrten auf der Straßenbahn, die nur 10 M. kosten, frei; aber jeder Abonnent hat für die Monatskarte einen Stempel von 10, oder, wenn der Betrag über M. 10 ausmacht, von 20 M. zu zahlen. Das macht für das Jahr M. 1,20 resp. M. 2,40 aus, — gewiß eine für kleine Geschäftleute und hauptsächlich für Arbeiter und Arbeiterinnen, die von ihrer Wohnung zur Arbeitsstätte fahren müssen, ins Gewicht fallende Summe.

Erleichterungen von der Steuer sollen sein: 1. Fahrkarten usw., wenn deren tarifmäßiger Fahrpreis, bei Beifahrten der Gesamtpreis der Beifahrte, bei Fahrkarten von und nach ausländischen Orten der Fahrpreis für die im Inland zurückzulegende Strecke den Betrag von 60 M. nicht erreicht; 2. die zu ermäßigten Preisen ausgegebenen Militär- und Arbeiterfahrkarten; 3. Fahrkarten der dritten Wagenklasse, soweit im Eisenbahnverkehr eine vierte Wagenklasse nicht geführt wird und der Fahrpreis der dritten Wagenklasse den Satz von 2 M. für das Kilometer nicht übersteigt.

Das sind recht belanglose „Erleichterungen“.

Doch der Fahrkartenstempel ist ja nur das Vorspiel. Seine ganze Wucht wird erst spürbar werden, wenn vom 1. April nächsten Jahres an auch die Personentarifreform in Kraft tritt. Dann gibt es keine Misch-

fahrkarten mehr; der Reisende muß zwei einfache Fahrkarten lösen, also doppelte Stempelsteuer zahlen. Hierzu kommt dann noch, dass jetzt der Reisende 25 Kilo Gepäck frei hat, während er nach dem 1. April 1907 auch noch für das Gepäck einen sehr ausgiebigen Tarif zahlen muss.

In solch unerhörter Weise wird eine der wesentlichsten Bedingungen des Kulturlebens, das Verkehrsleben, belastet, um die Reichsfinanzen „ins Gleichgewicht zu bringen“, das Reichsdefizit zu überwinden. Die Beseitigung der Liebesgabe an die Brantweinbrenner, ein finanzpolitisches Unwesen schlimmster Art, würde genügt haben, um die Summe von 45 Millionen für die Bedürfnisse des Reiches zu gewinnen. Aber dafür waren die „Staatserhaltenden“ nicht zu haben. Den Liebesgaben-Schmarotzern profit einer Clique vom Spiritusproduzenten haben sie nicht angetastet. Jetzt soll noch mehr als diese Summe aus dem Fahrkartenstempel gezogen werden.

Wohl hat sich gegen dieses verderbliche Stück „Finanzreform“ ein allgemeiner Sturm des Unwillens erhoben. Über die ultramontan-konservativ-nationalliberale Kärtell-Mehrheit des Reichstags hat auf die oppositionelle Volksstimme „gepfeift“.

Die Fahrkartensteuer ist nicht nur verderblich, sondern auch ein Verstoß gegen den Artikel 45 der Reichsverfassung, der das Reich verpflichtet, auf Herabsetzung und Gleichmäßigkeit der Eisenbahntarife, auf Verbilligung und Erleichterung des Verkehrs hinzuwirken.

Hierzu kommt die gleichfalls eine Verkehrssteuer darstellende Besteuerung der Frachturkunden, die hauptsächlich die Masse der kleineren Geschäftsfleute schwer trifft.

Damit ist die Verkehrsbesteuerung aber noch nicht abgeschlossen. Die reaktionäre Reichstagsmehrheit hat schließlich auch noch unter Zustimmung der Regierung eine Besteuerung des großstädtischen Orts- und Vorortspostes für Postkarten, Drucksachen, Warenproben usw. beschlossen. Die vor noch nicht langer Zeit eingetretene Verbilligung des Ortsverkehrs, die Zweipfennig-Postkarte und der Fünfpfennigtarif werden dadurch beeinträchtigt.

Bleibt noch die Erbschaftssteuer kurz zu betrachten. Diese Steuer würde, wenn man sie gerecht und gründlich eingerichtet hätte, so viel ergeben haben, dass man auf die Verkehrssteuer hätte verzichten können; sie würde bei solcher Einrichtung die „stürkeren Schultern“, die Wohlhabenden und Reichen, die die Frucht fremder Arbeit einheimischt, gebührend belastet haben. Hier war die Gelegenheit gegeben, etwas an „ausgleichender Gerechtigkeit“ im Steuerwesen zu leisten. Aber die reaktionäre Mehrheit, die „regierende“ Partei mit der Devise „für Wahrheit, Freiheit, Recht“ an der Spitze, bewilligungsfreudig bis zum Aufrütteln, wo es sich um die Belastung der ehrlich arbeitenden Volksmasse handelt, verhielt sich ablehnend gegen die von ihr so oft heuchlerisch betonte „stärkere Belastung der leistungsfähigeren Schultern“, indem sie die von der Sozialdemokratie so energisch vertretene Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf die direkten Nachkommen verwarf. Und tatsächlich höhnisch negierte sie die Anregungen der Sozialdemokratie und Freiämmler auf Schaffung einer Reichsvermögenssteuer, auf eine Revision der Brantweinsteuer, das heißt auf die Beseitigung der Liebesgabe für die Agrarier.

So ist denn das Gesamtergebnis der „Reichsfinanzreform“, dass die über 200 Millionen Mehrertrag in erster Linie durch eine Mehrbelastung des Massen-

konsums und durch Erhöhung des Verkehrs aufgebracht werden.

Glaube nun aber Niemand, dass damit die Finanznöte des Reiches ein Ende nehmen werden und die Vermehrung der Volksbelastung an ihr leichtes Ziel gelommen ist. Es wird sich bald erweisen, dass die 200 Millionen neuer Steuern nur ein Trocken auf einem heißen Stein sind. So lange Moloch Militarismus die Herrschaft im Reiche führt, so lange die Flotten- und Weltmarktpolitik anhält — so lange ist nicht daran zu denken, dass der Steueralter der reaktionären Reichsgewalten und der reaktionären Parteien Einhalt und Abbruch geschieht. Die herrschenden Klassen zwar fühlen sich bei dieser Politik im allgemeinen ganz wohl. Aber das arbeitende Volk hat aus seinen vitalen Interessen heraus die zwingendste Ursache, mit der größten Energie und Entschiedenheit auf die Beseitigung des jeht auf ihm lastenden Steuernsystems hinzuwirken. Das geschieht allerdings nicht dadurch, dass Arbeiter und kleine Gewerbetreibende polizeiwidrig dummen genug sind, sich bei Reichswahlen zum Stimmblock für ultramontane, konservative oder nationalliberale „Ordnungsschützen“ machen zu lassen. „Ginns mit dieser Gesellschaft und dem Reichstage!“ Das muss die Parole aller ehrlich schaffenden Menschen sein. Und dieser Parole müssen Arbeiter und Kleingewerbetreibende genügen. Eine ernsthafte und entschiedene Wahrung ihrer Interessen können sie nur noch von der Sozialdemokratie erwarten.

Nach Beendigung der Gesamtabstimmung über die unerhörige „Reichsfinanzreform“ erlebte man im Reichstage das Schauspiel, dass Mitglieder des Zentrums und Nationalliberale den Schatzkellär v. Stengel lebhaft beglückwünschten. Das ist eine offensbare Verhöhnung des Volkes, das wahrlich mit Kündgebungen seiner Entrüstung über diese „Reform“ nicht zurückgehalten hat. Dieser Hohn wird verschärf durch den Umstand, dass es kein Geheimnis ist, dass den jeht bewilligten Steuern bald weitere Folgen werden und dass die Vorbereitungen zu den neuen Steuern bereits getroffen sind! Im kommenden Winter werden dem Reichstage Vorschläge zur Fortsetzung der „Reichsfinanzreform“ zugehen. Und wieder wird es sich dabei um Mehrbelastung der arbeitenden Klassen handeln. Bis dahin wird das Volk die „segenreichen“ Folgen des jeht vollbrachten Stücks „Reichsfinanzreform“ schon sattsam gefoltert haben. Hofft man, es gewöhnen zu können an stillschweigende Erträge der steuerlichen Ungerechtigkeit? Diese Hoffnung wird sich nicht erfüllen, darauf dürfen sich die Herren vom Regiment und ihre Bundesgenossenschaft verlassen!

Internationales aus der Gewerkschaftsbewegung.

I.

Die Gelegenheit, eine Rundschau über den Stand der gewerkschaftlichen Organisationen in den einzelnen Ländern, soweit in ihnen eine moderne Arbeiterbewegung besteht, zu halten, ist gegenwärtig besonders günstig. Vorzüglich wird sie geboten durch den „Zweiten Internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung“, den Genossen G. Beijen in seiner Eigenschaft als internationaler Sekretär der gewerkschaftlichen Landeszentralen vor kurzer Zeit herausgegeben hat. Der Bericht gibt den Stand der Organisationen vom Jahre 1904 wieder. In dem vorliegenden Bericht sind 16 Länder und zwar 13 europäische und 3 außereuropäische beteiligt. Die Berichterstattung für das Jahr 1903 umfasste nur 12 Länder, es ist also ein guter Fortschritt in der internationalen Verständigung zu bezeichnen. Die Berichte stammen aus England, Dänemark, Schweden, Norwegen, Deutschland, Österreich, Ungarn, Serbien, Bulgarien, Schweiz,

Holland, Italien und Spanien. Außerdem haben drei australische Staaten und zwar Neu-Südwales, Queensland und Victoria berichtet. Diese Staaten sind bisher den internationalen Sekretariats nicht angeschlossen, ihre Berichte sind Antworten auf ein Schreiben des Generalsenats legten. Leider weiß der Bericht eine unangenehme Sicht auf; es fehlt eine Berichterstattung zweier wichtiger Länder, Frankreich und Belgien. Wahrscheinlich besteht bei der Leitung der französischen Bundeszentrale seit der letzten Internationalen Konferenz eine gewisse Missstimmung dem internationalen Bureau gegenüber. Das französische Sekretariat hätte für diese Konferenz beantragt, die Frage des Antimilitarismus, des Generalstreiks und des Achtstundentages auf die Tagesordnung zu legen. Dieser Antrag wurde vom internationalen Sekretär abgelehnt, weil die Frage des Antimilitarismus die Gewerkschaften nicht angeht, der Generalstreik auf dem internationalen Kongress in Amsterdam seine Erledigung fand, und schließlich über den Achtstundentag eine abnormale Beschlusssfassung unmöglich erschien. Das französische Sekretariat blieb darauf auf der internationalen Konferenz, die am 23. und 24. Januar 1905 in Amsterdam lagte, unvertreten. Hoffentlich wird diese Missstimmung der französischen Genossen bald wieder dem französischen Blatz machen, so daß der nächste Bericht auch wieder über Frankreich authentische Angaben bringen kann.

Die Bemühungen des internationalen Secretariats, auch zu den amerikanischen Gewerkschaften in nähere Beziehungen zu treten, vor allem die American Federation of Labor" zur Teilnahme an den Konferenzen und zum Anschluß an das Secretariat zu bewegen, werden voraussichtlich in absehbarer Zeit zu greifbaren Erfolgen führen. Der Präsident der A. F. of L., Sam. Gompers, hat ein Schreiben an das Secretariat gerichtet, worin er den Anschluß in nahe Aussicht stellt. Interessant sind auch die Antwortschreiben aus Australien, besonders das des Genossen Sam. Smith, des Präsidenten der "Court of Arbitration" in New-South-Wales". Er schreibt u. a.:

Die wunderbaren Erfolge und Fortschritte unserer austro-
sischen Demokratie in den letzten 15 Jahren von 1891 bis zum
sogenannten Jahre 1905 sollten die Arbeiter Großbritanniens und des übrigen Europa ermuntern, in ihren Bestrebungen zu
verharren, eine angemessene Vertretung in den gesetzgebenden
Gesellschaften ihrer Länder zu erlangen. Die von ihnen auf
dem Gebiete des gewerkschaftlichen Bereichs gemachten Fortschritte
sind der Beweis, dass die organisatorischen Fähigkeiten in der
Arbeiterwelt vorhanden sind, und dass es nur nötig wäre, mit
gleicher Begeisterung und gegenwärtig beständiger Loyalität vor-
zugehen, um für die politische Bewegung dieselben Resultate zu
erzielen, wie die gewerkschaftliche sie erreicht hat. — Die
austro-slowenischen Arbeiter haben genügend geleistet in dieser kurzen
Zeit, wenn man den Zustand betrachtet, in dem sich die Ge-
sellschaft bezüglich der Gewerkschaften in den achtziger und auch
noch in den neunziger Jahren befand, wo bei den Streiks der
Seelarne, der Schwerer und der Bergarbeiter die Arbeitervantagen (1888 auf die Kohlengrubenarbeiter, 1899 in Sybney auf die
Halsenarbeiter) auf die Streikenden gerichtet wurden. — Als die
Arbeiter sich über die Klassenjustiz und über die Parteinahe
der Regierung zu Ungunsten der Arbeiterschaft beschwerten, er-
hielten sie den Rat, verfassungsgemäße Mittel zur Abstellung
des ihnen missfallenden Zustandes zu suchen. Diesen Rat be-
folgten sie in glänzender Weise, sehr zum Missvergnügen und
zur Verblüffung der herrschenden und bestehenden Klasse.

Über das künftige politische Aktionsprogramm gibt der Berichterstatter folgenden Ausblick:

„Vorgeföhlagen wird, zunächst mit den Monopolen zu beginnen, wie Tabak und Getränkeverkauf. Auch befürworten unsere Arbeiterveterin, die Eisenproduktion in Stahlwerken zu betreiben, und die Verbände der Staatsarbeiter verlangen Verstaatlichung der Kohlengruben als Schutzmittel gegen die furchtlose Macht der Unternehmer, wie sie gegenzeitig untersagen, wenn es gilt, zu verhindern, daß die Arbeiter angemessene Löhne erhalten. — In unserem Neu-Seeland besitzt und beschreibt der Staat bereits eine Kohlengrube; ferner leitet er das Versicherungswesen im Einvernehmen mit den im Wohlstand befindlichen Institutionen. Im Bundesparlament schlägt die Arbeiterpartei vor, das gesamte Versicherungswesen innerhalb der Bundesstaaten zu verstaatlichen, und durch eine Resolution hat das Haus dasdien ausgesprochen, daß dies in der Tat sehr wünschenswert ist.“

Unsere Leser werden sich noch der von uns im Januar veröffentlichten Artikel unter dem Namen "Der Sozialismus in Australien" erinnern, wo die gegenwärtige Stellung der Arbeiterpartei näher dargelegt wurde. Neben die Mitgliederzahl der australischen Gewerkschaften erschien man auch wünsch: hoffentlich wird der nächste Bericht einige dieser Lücke auffüllen können.

Von den anderen berichtenden Ländern liegen zahlreiche Angaben sowohl über die Mitgliederzahl, wie über die Finanz- gesetzung vor. Die folgende Tabelle gibt die Mitgliederzahlen nach dem Stande des Jahres 1904 wieder.

Die Tabelle zeigt, daß die Zentralverbände in Deutschland weitam stärksten sind. Nach dem bedeutenden weiteren Anwachsen der deutschen Gewerkschaften in 1905 werden keine zwei Jahre mehr vergehen, bis Deutschland auch absolut das Mutterland gewerkschaftlicher Organisationen, England, an Zahl der Organisierten überholt haben wird. Leider die Zahl der weiblichen Organisierten liegen noch keine vollständigen Angaben vor. Englands zählte, in den der Landeszentrale angehörsenen Gewerkschaften 10 240, Schweden 6023, Norwegen 221, Deutschland 48 604, Österreich 14 415, Ungarn 20 299, Serbien 56, Bulgarien 27 weibliche Mitglieder. In Belgien gehörten etwa 2000 Mitglieder den der Landeszentrale angehörsenen Gewerkschaften an.

Im Vergleich auf Frankreich zu vermerken ist auf die fürstlich geschlechtern Artikel über die vorläufige Gewerbeaufsichtsbemühung lebter die Finanzabteilung, haben nur elf Länder berichtet; aus Frankreich, Belgien, Italien und Spanien fehlen leider die Angaben. Wenn die Mitgliedsstaaten auch Teil etwas anders auftreten als in der ersten Tabelle, so erklärt sich das daraus, daß für einzelne Länder auch von anderen als centralisierten Gewerbeaufsichtsangaben vorliegen und in nachstehender Übersicht aufgeführt werden.

erien 61 g und Holland 26 g. Daß in diesen Ziffern ein Verlust aus „Arbeitergroschen“ zum Ausdruck gelange, wird kaum befürchtet können.

Ein wesentlich anderes Bild ergeben die Ausgaben für Strafzölle und Ausperrungen auf pro Kopf der Bevölkerung berechnet. Die größte Ziffer weist Schweden auf mit M. 9,20; es folgen Norwegen mit M. 5,98, Deutschland mit 5,60, Dänemark mit M. 2,73, Bulgarien mit M. 2,70, Holland mit M. 2,10, England mit M. 1,61, Österreich mit M. 1,40, die Schweiz mit 84 $\frac{1}{2}$, Sachsen mit 29 $\frac{1}{2}$ und Ungarn, das für Strafzölle überhaupt kein Geb. aus den Gewerbsabgaben aufgewendet hat.

Für die verschiedenen Unterstütingen, wie Reise-, verkehrs-, Kranken- und Invalidenunterstützung, ergibt sich folgendes: England wendete 1904 für gedachte Zwecke auf pro $M.$ 24,98, Österreich $M.$ 8,76, Dänemark $M.$ 6,50, Ungarn $M.$ 6,25, Norwegen $M.$ 5,09, Schweiz $M.$ 3,42, Deutschland $M.$ 3,88, Österreich-Ungarn $M.$ 2,05, Schweden $M.$ 1,27, Serbien 89 α und Island 11 α . Auch hierbei kommt die Gesamtkräfte der Organisationen wiederum in Betracht. Daß Deutschland an verhältnismäßig niedriger Stelle steht, hängt damit zusammen, daß viele Gemeinschaften noch nicht alle Unterstützungsmaßwege eingeschlagen haben, bei der Durchschnittsberechnung aber der gesamte Gütekoeffizient 1904 auf grunde gelegt werden mußte.

Bei der Aufzählung der Kästen bestehen die Rechte Englands, schiffbarerhand auch an erster Stelle. Es entfallen davon auf das einzelne Mitglied in England M. 103,20, in Dänemark M. 22,50, in Norwegen M. 20,50, in Dithmarsch M. 20, in Deutschland M. 15,30, in der Schweiz M. 15, in Schweden M. 8,50, in Württemberg M. 6, in Sachsen M. 5,80, in Ungarn M. 1,10 und in Holland, das die Rechte wieder teilt, nur 40.

Politische Umschau

Aus einem Kapitalisten-Paradies. Der „Vorwärts“ freibt:

Auf allen Geben des rheinisch-westfälischen Industriegebietes wird seit Monaten mit Hörigkeit gearbeitet. Die Produktion ist rapid und die Organe des Syndikats sind voll des Jubels, aber die erhöhten Werkstättenerlöse freilich weinen sie, es kann die Produktion noch mehr gefestigt werden, wenn die Belegschaften nicht — posse streiken. Darauf glaubt natürlich ein Mensch, aber es schwint System in dem Schwindel zu liegen. Der Import von Arbeitskräften nach dem Industriegebiet aus aller Herren Länder nimmt geradezu bedeängliche Dimensionen an. Wie die Kupferhütten zu melden weiß, sind augendlich sieben Agenten in Schlesien und Böhmen tätig, um dem Arbeitersangel abzuhelfen.

Zunächst liegt die Frage nahe: wobin mit den ungeheuren
Renytheusen, wenn eine plötzliche Siedlung eintritt, die zu
Besiedlungsdrängungen und Arbeitersiedlungen führt? Und
noch etwas anderes kommt in Betracht: die Frage der öffent-
lichen Gesundheitspflege. Aus der Masseneinwohnerung er-
scheinen die schweren Schäden und Gefahren in sanitärer Be-
trachtung. Beweis hierfür bietet jetzt schon das Auftreten der
Grenzstarken. Im ganzen Mühgebiet tritt die Seuche auf
und fordert ihre Opfer. So sind in der Bürgermeisterei
amborn bis jetzt allein über 100 Fälle an Grenzstarken
ermelbet, wobei über 100 tödlich verlaufen sind.

So ziemlich das ganze Gelände gehört mit seinen ungeheuren Industrieanlagen, Kohlenbahnen und Wasserstationen der Magna-
tum. Es kannen. Thissen hat vermöge günstiger Geb- und
Gebüberhältnisse seine Besitztümer und Kohlenzechen derart er-
weitert und vermehrt, daß er heute bereits dem Niederrheinischen
Kreis überlegen ist.

Die Arbeitersiedler schließen wie Pilze aus der Erde, Straßenfluchten, Häuserkomplexe, Stadtteile, ja förmliche Städte entstehen gleichzeitig über Nacht. Kaum sind die Häuser unter dem Boden gebracht, dann werden sie auch schon besogen — Noch keine Türe eingehängt, keine Fenster in den Höhlen, noch fehlt der Dach, die Verschalung, die Treppe, das Nebengebäude, aber die Kolonie-Villa ist schon bewohnt! Ganze Straßenkomplexe stehen auf humsigem, morastigem Gelände, die Keller stehen bis obenan voll Wasser, keine Straße ist fertig ausgebaut. Die Häuser gleichen in ihrer kolonialen Einformigkeit riesigen Kästen — halb an doch schon dazu übergebogenen Häusern, den Häusern einen verschiedenartigen Unstrich zu geben, um ein „Verlaufen“ seiner Bewohner zu verhindern! Kurz, der Zustand in den Kolonien ist und wird, Margot und Umgegend spottet jeder Besuchertyp, ist geradezu ein Standartentestament! Dasselbe soll kommen z. B. dazu sagen, wenn die Bewohner einer neu gebauten Kolonie, einige tausend Menschen, ein Tierleid Jahr lang ohne Abwesenheit haben beobachten müssen! Die Kolonie gehört zu der 10.000 Mann Delegationsstadt zahlenden Bevölkerung „Deutscher Reich“ welche Eigentum an diesen Kolonien ist und wo liegt in unserer kolonialen Politik das Problem?

des Herrn Epheser ist, und sie liegt in unmittelbarer Nähe des Seidenherdes der Genitusträne. Von einer Kanalisation ist nirgends die Rede. Die Abwässer aus den Häusern ließ man auf die Straße, in den Künstein, durch entstehen bei jeder Jahreszeit Zustände, die geradezu im Himmel stinken. Schon der aufsteigende Gestank kann Menschen krank machen.

Über es regt sich keine Stadtvertretung, keine Kommunalverwaltung, keine Polizei-schreit ein, sein Staatsanwalt erhebt Anklage. Selbst die Arzts scheinen die "ambrosianischen" Dürte, die großen offenen Kloakas, die Bruststätten giftiger, todbringender Bakterien vollständig zu übersehen und zu über-rücken.

Darum sind die standabsehnen Zustände möglich und werden durch die rasche Entwicklung immer schlimmer, bis dann schließlich eine verheerende Epidemie ausbricht, die Katastrophen von Opfern fordert, das öffentliche Gewissen aufweckt, die Regierung endlich zu Taten bringt. Taten? Raum zu Anstrengungen! Sie sei nur an ein Ereignis erinnert, ein ungeheures Rütteln ereigte vor zwei Jahren bei Gelsenkirchener Wasserwerksproß. Im Verlauf dieses

| Land | Bahl der Gemein- schafts- mitglieder | Der Bandeszentrale gehörten an | | | |
|-------------|--------------------------------------------------|--------------------------------|--------------|------|------------|
| | | Centralverbände | Volksvereine | Bahl | Mitglieder |
| England | 1889590 | 100 | 469590 | — | — |
| Niederlande | 37221 | 14 | 5521 | 26 | 1150 |
| Dänemark | 89788 | 47 | 66930 | 14 | 573 |
| Schweden | 104999 | 80 | 81680 | 1 | 66 |
| Norwegen | 16227 | 10 | 8598 | 11 | 445 |
| Deutschland | 1466625 | 63 | 105210 | — | — |
| Österreich | 205651 | 45 | 189121 | 446 | 18530 |
| Ungarn | 53169 | 17 | 47657 | 27 | 5512 |
| Serbien | 2932 | 21 | 2932 | — | — |
| Bulgarien | 1672 | — | — | 38 | 1672 |
| Schweiz | 41862 | 22 | 26784 | — | — |
| Italien | 260102 | 20 | 175102 | 2 | 85000 |
| Spanien | 56900 | 9 | 28933 | 184 | 184 |

In der vorberen Zahl für Deutschland (1468525) stecken 20 686 Mitglieder der Lokalorganisationen, die nach den Angaben auf dem Berliner Osterkongreß auf 14 803 gefuhten haben, ferner 112 000 Hirsch-Daenderlinge der Gewerbevereine, 207 484 arbeitende Gewerbehaftler und 74 458 Mitglieder sonstiger gesellschaftlicher Vereine.

Prozesses wies Professor Peitzenhofer schon auf die oben geschilberten Verhältnisse hin, die speziell in den Gewerberiedungen außerordentlich Maßnahmen erforderten, weil die Riedungen teilweise unter dem Altbau des Reichsgebietes liegen und daher die Rückrat steht, bei Hochwasser die Aborte und Klosetten übertragen, die Wasser in den offenen Gräben faulig werden, die ganze Gegend verpestet. Wie man solche Warnungen beherzigt, zeigt die beobachtliche Praktik gegenüber den geschilberten „paradiesischen“ Verhältnissen im Reiche der Chiffren und Genossen.

Wenn nicht bald etwas geschieht, dann wird möglicherweise eine hereinbrechende Epidemie Massenverkrankungen, Massensterblichkeit und damit auch wirtschaftlichen Arbeitermangel herbeiführen. Die Angelegenheit ist so weittragend sanitärer und volkswirtschaftlicher Bedeutung, daß ein energetisches Eingreifen der Regierung unerlässlich ist. Mit jeder Stunde des Säumens wächst ihre Schuld an dem Konservenwiderstand und Leben vieler Tausende von Menschen und der Schaden, die der ganzen Volkswirtschaft durch die standhabenden Zustände erwachsen können.

Reichstagssatzungen. Für den verstorbeneu Genossen H. Meißner mußte im Reichstagssatzungskreis Hannover neu gewählt werden. Das Mandat war sehr heiß umstritten. Nicht weniger als fünf Parteien bewarben sich darum; außer den Sozialdemokraten waren die Nationalliberalen, Welfen, das Zentrum und der Bund der Landwirte als Bewerber aufgetreten. Die ziemlich hochgestimmten Hoffnungen der sog. Ordnungsparteien erlitten eine herbe Enttäuschung; der von der Sozialdemokratie aufgestellte Genosse Brey, der Vorsitzende des Verbandes der Fabrikarbeiter, wurde im ersten Wahlgang mit erheblicher Mehrheit gewählt. Das Resultat war: Sozialdemokratie 81 923 (1908: 29 881), Nationalliberalen 17 080 (10 941), Freisinnige Volkspartei 727, Welfen 10 871 (9847), Zentrum 2416 (2807), Bund der Landwirte 194 (—).

Eine Erstwahl war auch für den Wahlkreis Altena-Jericho durch den Tod des Mandatshabers, des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Benzmann, nötig geworden. Der Kreis gehörte seit 1874 dem Kreisum mit allgemeiner Zusammensetzung der Jahre 1878 bis 1881 und 1887 bis 1888, wo die Nationalliberalen den Abgeordneten stellten. Es handelt sich folglich um eine freisinnige Domäne, die allerdings immer erst in der Stichwahl, und zwar bis 1898 mit den Nationalliberalen und 1903 zum ersten Male mit der Sozialdemokratie behauptet werden konnte.

Der 28jährige Besitz des Kreisum ist nun am Mittwoch verloren gegangen; an Stelle des freisinnigen Bewerbers kommt das Zentrum mit der Sozialdemokratie in Stichwahl. Nach vorläufiger Feststellung ergibt sich folgendes Resultat:

Abgegeben 84 188 Stimmen, davon erhielten Haberland (Soz.) 10 547, Kloster (Benz.) 7774, Müller (Frei. Bp.) 7673, Haarmann (natlib.) 6552 und Ritter (christ.-soz.) 1637 Stimmen, zerstreut sind 5 Stimmen. Es wäre somit Stichwahl zwischen Haberland und Kloster erforderlich.

Wor drei Jahren lieferte die Wahl folgende Bissen: Sozialdemokratie 10 146, Zentrum 6604, Freisinn 7787, Nationalliberalismus 7440 und die Christlichsozialen 1457. Es haben am 27. Juni folglich gewonnen die Sozialdemokratie 401, das Zentrum 1170, die Christlichsozialen 180; es haben verloren der Freisinn 64 und die Nationalliberalen 888 Stimmen. Es sind bismal 799 Wähler mehr an den Urnen erschienen als vor drei Jahren; da die Zahl der Wahlberechtigten in diesem stark von Industrie durchsetzten Kreise um ein Mehrfaches dieser Bissen zugewachsen haben wird, so ist am Mittwoch eine relativ spätere Wahlbereitung als am 16. Juni 1908 zu vergehen gewesen. Erfreulich ist ja, bei dieser Schilderung, daß die Sozialdemokratie die Kosten der Wahlbereitung nicht hat bezahlen brauchen. Wir haben 401 Stimmen gewonnen, sind also, wenn man das Mehr an abgegebenen Stimmen in Bezug zieht, auf dem alten Stand verharrt. Die Werbekraft der bürgerlichen Parteien ist diesmal nicht stärker gewesen; dem Gewinn von 1170 Zentrum und 180 Christlichsozialen Stimmen steht ein Verlust von 888 Nationalliberalen und 64 Freisinnigen gegenüber; bleibt ein Nettoverlust von 898 Stimmen. Welche Lager halten sich die Wage.

Über die Entwicklung der Sozialdemokratie in diesem Kreise mag folgende Tabelle unterrichten. Wir erhalten:

| | |
|-------|---------------------------------------|
| 1890: | 4568, mehr gegen die vorige Wahl 2192 |
| 1893: | 6035 |
| 1898: | 7315 |
| 1903: | 10146 |
| 1906: | 10547, |
| | 401 |

Den Wählergewinn des 27. Juni trägt das Zentrum heim, das heißt, diejenige Partei, die als die regierende für die ganze Reichsminister, für alle neuen Steuern, für die allgemeine Steuerung und für die ganze innerpolitische Reaktion die Schuld und die Verantwortung trägt. Bis 1898 pendelten die Schweren um 3000 herum, 1898 musterten sie 5195 und 1903 6604 Stimmen, um jetzt mit 101 Stimmen Mehrheit den freisinnigen Standarten zum ersten Mal zu folgen. Es ist kein Zweifel, daß in diesem nur zu einem Drittel katholischen Kreise die Masse des Zentrumswähler von der Arbeiterschaft und den bürgerlichen Bevölkerungsgruppen gestellt wird, die wirtschaftlich und sozial den Lohnarbeitern gleichgestellt sind. Das heißt: von Deutzen, die vom offiziellen Zentrum Tag für Tag und Jahr für Jahr verraten und verlaufen werden.

Sozialdemokratische Fahnenflucht hat die „Kreuzzeitung“ entdeckt. Sie schreibt unter Berufung auf einen Artikel von A. Steinmann-Bucher in der „Deutschen Industriezeitung“ folgendes:

„Für die sozialdemokratische Partei ist das Mittel der Agitation zum Zweck geworden, sie geht in der Agitation auf und muß sie mit feierhafter Tätschel betreiben, um die Genossen in der Partei als Vereinsmitglieder, als Abonnenten und als Gewerkschaften zusammenzuhalten. Was auch immer geschehen mag, alles wird zum Zwecke der Agitation ausgenutzt, da die Parteiführer befürchten, daß andernfalls ihre Gefolgschaft in kurzer Zeit deutlich zusammenbrüpfen würde.“

Diese Befürchtung ist keineswegs unbegründet und wird erkannt durch die Erfahrung, der Genossen mit ihren Gewerkschaften. Geradezu erstaunlich ist die ungemein große Unbeständigkeit in der Mitgliedschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften.“

Um festzustellen, daß die Gewerkschaften Verluste an Mitgliedern erleiden, dazu hat es nicht erst der Erwähnung des Herrn Steinmann-Bucher und der „Kreuzzeitung“ bedurft;

diesen Nachweis erbringen die Gewerkschaften regelmäßig selbst. Mit solchen Verlusten hat jede Gewerkschaft zu rechnen. Ihre Ursachen sind unserer Kenntnis bekannt. Über der „Kreuzzeitung“ muss diese Ercheinung dazu dienen, der bösen Sozialdemokratie etwas am Beuge zu stören. Sie behauptet:

„Diese Unbeständigkeit in der Mitgliedschaft zeigt, wie außerordentlich schwer es für die Gewerkschaftsleiter ist, die Leute zusammenzuhalten, sie geht ferner, daß unter den beteiligten Arbeitern eine weitgehende Unzufriedenheit mit der sozialdemokratischen Gewerkschaft besteht.“

Das ist eine tendenzielle Dummheit. Und alsbald ist es, von einer „sozialdemokratischen Fahnenflucht“ zu sprechen. Wenn man die Stärke der Gewerkschaften erhält und fälschlich darstellen will, so muß man dem Abgang an Mitgliedern die Zunahme der Mitglieder gegenüberstellen. Und dies überwiegt bei jeder Gewerkschaft den Abgang ganz bedeutend. Der feste und lichte Mitgliederstand ist unabdingbar. Über diese Tatsachen ignoriert das Jungevangelium. Es verteilt sich, daß, folgen, Trost zu spenden:

„Gegenwärtig zählen die sozialdemokratischen Gewerkschaften überhalb Millionen Mitglieder. Angewachsen sind sie mit der ganzen gesellschaftlichen Aufwärtsbewegung in Deutschland, erlitten aber Rückgänge, sobald eine ungünstige Konjunktur eintrat.“

Verachtet man die Zahl der sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitglieder, so kann sie noch durchaus nicht imponieren. Und doch die Zahl der Industriearbeiter in Deutschland nach den Verhandlungen Steinmann-Bucher von 5,9 Millionen im Jahre 1898 auf mindestens 9 Millionen im laufenden Jahre gestiegen.

Das schreibt ein Blatt, das zu dem gehört, die beständig seit vielen Jahren auf die rücksichtloseste Verwaltung der gewerkschaftlichen Organisation verzweigt. Zeit importiert sie durchaus nicht. Sie hat gar nichts zu bedeuten und die Herren Unternehmer können ruhig vor ihr schlafen. Es ist eine blümliche Heuchelei wohl schon dagewesen.“ Die „Kreuzzeitung“ und ihr rechnungsfundiger Gewährsmann dürfen sich darauf verlassen, daß die anberthalb Millionen Gewerkschaftsmitglieder, über deren Magie die „Standesberatende“ schon so viel gesammelt haben, bald auf das doppelte und dreifache anwachsen werden.

*

Die gekränkten christlichen Unschuld. In der Polemik zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen fällt manchmal leichter Wort. Das ist auch wirklich nicht wunderbar und ebenso wenig ist es ein Malheur. Eine ehrliche Großheit ist der Uebel größtes noch nicht. Gelegentlich einer Auseinandersetzung, die das Organ des Fabrikarbeiterverbandes mit den Christenführern führte, fühlte sich ein Konzilium dieser Spezies beleidigt und schrieb: „Sternantrag und der verantwortlichen Redakteure des „Proletarier“, den Reichstagssabgeordneten August Brey. Obgleich nun in dem Artikel auf keine bestimmte Person Bezug genommen war, kam das Gericht doch zu einer Verurteilung. Brey wurde zu M. 150. Geldstrafe verurteilt; der Staatsanwalt hatte gar 6 Wochen Gefängnis beantragt. Die untrümierte Wendung bestand in folgenden Zeilen:

„Die Körnertrümer dieser christlichen Gewerkschaftsspieler sind ehemalige Streikbrecher und Kollegen, die wegen ehrenrühriger Handlungswweise aus unseren Verbänden ausgeschlossen sind, um sie wie wir sie nicht benötigen und sie ihnen gönnen; denn gleich und gleich gelingt sich.“

Unter den Leuten, die sich dadurch getroffen fühlten, befand sich auch der Vorsitzende des christlichen Bauarbeiterverbandes, Herr Joseph Wiedenberg! Abgesehen davon, daß es nicht schwer fallen würde, von einer ganzen Anzahl tonangebender „Christen“ den obigen Vorwurf zu bemessen, da die Empfindlichkeit gerade jener Leute eine Ungeheuerlichkeit. Jeder, der die Blätter dieser Couleur näher kennt, weiß, daß sie im Schimpfen, und zwar im rohen, wilden Schimpfen, zu jeder Zeit an der Spitze stehen. Noch lebt August Brey, und solange das der Fall ist, ist noch ein Kronzeuge für diese Tatsache da.

Zur Wahlrecht eingebreitet. Frau Berta Krupp, die Besitzerin vieler Millionen und der Essener Kanonenwerke, wird dennmächtig den hessischen Abgeordneten v. Böhnen heraufen. Diese rein private Handlung, die uns als solche gar nicht interessieren würde, enthüllt aber die Schönheiten des preußischen Dreiflusswahlkreises für die Gemeindewahl von einer ganz neuen Seite. Ein Essener Blatt stellt anlässlich der bevorstehenden Hochzeit nun folgende Betrachtungen an: In den Jahren nach Krupps Tod war der Einfluß des aus dem Kruppschen Unternehmen entspringenden Interessentenkreises auf die Zusammensetzung des Stadtratskollegiums vollständig ausgeschaltet. Nach der Heirat von Fräulein Krupp wird die Essener Wählermasse wieder ungefähr dieselbe Zusammensetzung haben wie vor Krupps Tod. Bei Sechzehn Krupps (1902) gehörten wie vor Krupps Tod zur ersten Abteilung fünf Wähler, zur zweiten 552, zur dritten 18 203; nach seinem Tod (1908) fanden sich 184 in die erste Abteilung, in die zweite sogar 1853, während die dritte nur mehr 16 653 aufwies. Der in Betracht kommende Gefamtensturz betrug 1902 M. 5 517 470, 1903 M. 3 238 918, 1904 M. 3 268 028. Der Unterschied von 21 Millionen ergab sich aus dem Aufschluß der Kruppschen Steuererklärung. Im Jahre 1904 berechnigte schon eine Steuererklärung von M. 2476 zum Wähler in der ersten Abteilung, während 1902 zu dieser Berechnung, nicht weniger als M. 79 877 Steuern gehörten. Nach dem Eintreten des Herrn v. Böhnen in die erste Wählerklasse wird aus dieser Abteilung wahrscheinlich noch der eine oder der andere der fünf früheren Wähler verdängt werden. Alle übrigen werden in die zweite Abteilung zurückgedrängt werden, und aus dieser werden zahlreiche Wähler in die dritte Abteilung zurücktreten müssen. So wird die Heirat des Fräuleins Krupp zu einem politischen Ereignis, zu einem Ereignis, durch das der preußische Dreiflusswahlkreis wieder einmal ins schönste Licht gerichtet wird.

Moderne Völkerwanderungen. Ununterbrochen geht in unserem Zeitalter der Eisenbahnen und der Dampfschiffahrt eine Massenverschiebung von Menschen vor sich. Wehr als eine Million Menschen sind allein in dem Jahre von 1. Juli 1904 bis zum 30. Juni 1905 in die Vereinigten Staaten von Nordamerika eingewandert. Das große Einfallstor der Einwanderer ist New York. Im letzten mit dem 30. Juni 1905 beendeten Kalenderjahr sind 788 000 Einwanderer in New York gelandet. Über Boston kamen 65 000, über Baltimore 62 000, und über Philadelphia

24 000 Personen ins Land, die kanadischen Häfen nahmen 44 000 Personen auf. Aus der Menge der übrigen Einwanderungshäfen hebt sich, wenn man von Honolulu auf Hawaii, das mit 12 000 Einwanderern verzeichnet steht, abseits, nur New York mit 18 000 und San Francisco mit 6000 Einwanderern heraus. Alles in allem hat die Einwanderung während des Berichtsjahrs den Vereinigten Staaten einen Menschen zuwachs von 1 026 000 Personen gebracht. 97 000 davon stellte Europa, 8 000 kamen aus den übrigen Erdteilen.

Unter den eingewanderten Europäern stehen die Österreicher und Ungarn mit zusammen 276 000, die Italiener mit 221 000 und die Russen mit 185 000 Personen voran. Engländer waren 87 000, Deutsche nur 41 000 darunter, also nur 4 Prozent der Einwanderung war deutscher Ursprungs.

Und solche Einwanderungszahlen wiederholen sich alljährlich. Den Vereinigten Staaten ist bei diesem Menschenzuwachs nicht recht wohl zu Mute. Dem Bundesrepräsentantenhaus ist jedoch durch den zukünftigen Ausschuß die Einwanderungsbill zugesetzt worden, die eine Erhöhung der bisherigen Einwanderungsbill auf mehr als das Doppelte, der Nachwuchs einer bestimmten Goldkümmere und den Ausschluß der Analphabeten, der Leute, die nicht lesen und hören können, verlangt. Ob und inwieweit die neue Bill, falls sie zur Annahme gelangt, diese Ziffern ändern wird, läßt sich schwerlich vorher sagen. Es ist nicht leicht verständlich, daß ein Staat, der noch viele Gebiete zu kultivieren und nutzbar zu machen hat, Maßnahmen trifft, die geeignet sind, eine seiner besten Kraftquellen — und als solche hat sich die Einwanderung lange erwiesen — abzuschwächen oder vielleicht zu einem nicht unerträglichen Teile zu verschütten.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernher nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:

Hamburg (Bauarbeiterstreik), Cuxhaven (Streik), Störkrode und Umgegend (Differenzen), Biehelsdorf bei Lübeck (Sperre über Schmidt in Kasdorf);

Schleswig-Holstein:

Meldorf (partieller Streik), Barmstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Itzehoe (Sperre über Breitholz);

Mecklenburg:

Schwerin (Bauarbeiterstreik), Sülfze (Sperre über Holdorf), Güstrow, Neubukow (Streiks), Lage (Sperre über Körff), Klütz (Aussperrung), Dassow (Differenzen);

Pommern:

Gollnow (Sperre über Küster), Stralsund (Streik), Cöslin (Sperre über H. Schütter), Demmin, Greifswald (Aussperrungen);

Ost- und Westpreussen:

Könitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks), Elbing (Sperre über Huber);

Schlesien:

Breslau, Haynau (Differenzen), Gottesberg (Streik);

Brandenburg:

Wittenberge (Aussperrung), Beelitz, Fürstenberg, Dahme i. M., Sommerfeld (Streiks), Trebitzsch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Guben, Cottbus (Bauarbeiterstreiks), Strasburg i. d. Uckermark (Sperre über R. Henschel), Cüstrin (Differenzen); Berlin (Streik der Backofenmauer);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Ammendorf, Gardelegen (Streiks), Bernburg (Aussperrung), Stassfurt und Umgegend (Differenzen), Mühlberg a. d. Elbe (Sperre über Goldschmidt);

Königr. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbaute, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr. 9, Karl Feist in Wahren, Hallesche Strasse, M. Klenke in Möckern, Hallesche Strasse, Bernh. Schammelt, Ecke Bayreuths und Hardenbergstrasse, Otto Dietze, Wahren, Hallesche Strasse, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleicherstr. und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzig-Ortsteile, für Rabitzputzer die Gips- und Zementzahngesellschaft, Brendelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau, Wurzen (Sperre über Lehmann in Puchau), Hirschberg, Reichenau, Nossen, Hainichen (Aussperrungen), Zwickau, Großröhrsdorf, Reichenbach i. V., Zittau, Grimmaischen, Bautzen, Freiberg, Königsbrück, Mylau, Netzschau (Streiks), Weißensel, Zeitz, Limbach (Differenzen), Schneeberg (Sperre über Brettschneider), Plauen (Sperre über Männel), Penig (Sperre über Hellriegel und Zöllner);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Visselbörde (Sperre über Cohrs und Köster), Emden, Münden (Zimmererstreiks), Osterode a. H., Nienburg a. d. W., Hildesheim, Aurich, Detmold, Oldenburg, Peine, Achim (Streiks), Uelzen (Aussperrung), Brake, Harburg, Lüneburg (Bauarbeiterstreiks);

Braunschweig:

Schöningen (Aussperrung);

Thüringen:

Erfurt (Sperre über Wagner), Gera (Sperre über Hirsch, Arnstadt (Sperre über Paust und Papst), Schmalkalden, Gotha, Suhl, Rudolstadt (Streiks), Sonneberg (Sperre über P. Schmidt);

Rheinprovinz und Westfalen:

Düren (Aussperrung), Remscheid (Sperre über Panel), Elberfeld (Sperre über Bosman & Knauer), Kronenberg (partieller Streik), Minden (Bauarbeiterstreik), Rheydt (Sperre über Tischer), Hattingen, Barmen-Elberfeld (Streiks);

Bayern:

Nürnberg-Fürth (partieller Streik), Alzenau, Hof a. d. S., Bayreuth, Regensburg, Würzburg, Burgfarnbach (Streiks), Dachau (Sperre über Reischl), Ulching (Sperre über Niedermeier);

Hessen:

Mühlheim-Dietesheim, Borsdorf, Dillenburg (Streiks), Schwanheim a. M. (partieller Streik), Marburg (Bauarbeiterstreik);

Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:

Gehweiler, Hassloch, Schifferstadt, Grünstadt (Streiks), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Freiburg (partielle Aussperrung);

Württemberg:

Vaihingen a. F., Ulm, Tübingen (Streiks), Stuttgart (Gipsersstreik);

Fliesenleger:

Bochum (Sperre über Schöttler und Werringföhr), Nürnberg (Sperre über Auerle), Duisburg (Sperre über Lobeck);

Oesterreich:

Olmütz, Pilsen (Streiks).

Maurer werden gesucht: in Wittstock a. d. D. bei der Firma Pries & Gading, zehnständige Arbeitszeit, 36 $\frac{1}{2}$ Lohn, sowie in Graudenz, Dirchan, Lyc und Ungerburg.

Warnung!

Die Firma Pahmann, Polier Gabel, in Oberhausen sucht im "Nassauer Bogen" 60 bis 80 Maurer und Handlanger am Schulneubau in Oberhausen-Sierich zu 50-54 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn.

Wir machen die auswärtigen Kollegen darauf aufmerksam, daß die Oberhänige Maurer und Bauhälter in der Lohnbewegung stehen, daß somit die gesuchten Arbeitskräfte eventuell als Streikbrecher gebraucht werden sollen. Zu einem Stundenlohn von 54 $\frac{1}{2}$ kann Pahmann Maurer in Hülle und Fülle am Ort erhalten.

Die Zweigvereinsleitung Oberhausen.

Gau Stettin. In dem im Mai ist der Stand der Aussperrung unverändert. Nach Fertigstellung der Fassade sind die durchwachtenen Berliner abgereist. Im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie ist den Unternehmern ein Bundesvertrag erstanden. Aussichten auf baldige Beendigung sind nicht vorhanden.

In Grieswold sollten einige Zimmerer Streikarbeit verübt haben, auf ihre Weigerung wurden sie entlassen. Hierauf traten alle in den Streik ein. Aus Brünn (Mähren) sind 91 Wöhren angekommen. Von jedem Handwerk ist etwas dabei. Zehn davon sind sofort in ihrer Heimat zurückgekehrt. Die übrigen legen sich den Streikenden gegenüber aufs Goldmachen. Wie Arbeitsergebnisse zusammengebracht werden, scheinen sie in ihrer Heimat nicht zu kennen.

Das ruhige jedoch bewußte Auftreten der Streikposten nötigt selbst einen konservativen Blatt Anerkennung ab. Das "Greifswalder Zeitung", die sich sonst nicht genug an Verleumdungen gegen die organisierten Arbeiter leisten kann, sieht sich zu folgendem Biegeläubnis veranlaßt: "Greifswalder Zeitung" hat Streitigkeiten zwischen den freunden und hütigen Maurern und Zimmerleuten bisher nicht vorgekommen. Ein Hauptdienst an diesem ruhigen Verlauf dürfte entschieden den organisierten Arbeitern, besonders den Verbandsleitern zugesprochen sein, die in ihren Versammlungen stets mit aller Energie darauf hinwiesen, sich jeder Strafbarer Handlung in Wort und Tat gegen die Aufzumlüinge zu enthalten. Mag ein jeder nach seiner Parteileitung über den Streik und seine Ursachen urteilen wie er will, anzuerkennen ist diese Maßnahme und stete Mahnung von jedem, auch der gegnerischen Seite."

Ob das nur ehrliche Meinung oder nur Spekulation zum Abonnementfang ist, mag dabürgestellt werden. Genug, es steht. Kom Stadtkonsul Dr. Helfrich ist eine Einigung verhüllt. Als aber die Unternehmer seine Vermittlung ablehnen, wandte er sich gar nicht mehr an die Arbeiter. Einer Anregung des Unternehmers H. Spruth folgend rissen die Arbeiterorganisationen das Gewerbevergleich als Einigungskant an. Diese Vermittlung lehnten die Unternehmer ebenfalls ab. Ihnen graute jedesfalls vor der amtlichen Feststellung ihres Vertragsbruches und ihrer Freiheitlosigkeit. Die Verhördamen gewährten dennoch jeden gewöhnlichen Aufschub der Lieferschriften. Die Postzeit bewegt sich eingemachtes neutral. Durch die einzige Ohrenbläser der Unternehmer, vor denen einer nahezu ständig beim Inspektor liegt, ließen sich aber doch einige Beamte berücken, die Männer mit Gewalt und Drohung zur Arbeit zu zwingen. Ein "Arbeitswilliger" wurde sogar zur Waffe geführt. Bei diesem, von Unternehmern angezettelten Machtkampf liegt es im Interesse der Abgeordneten, sich auf längeres Fernbleiben von der Heimat einzurichten.

Auf einer Bezirkskonferenz der Kollegenschaft Pauswalde-Jagd-Östnitz, Stettin, Böhl, Garz a. d. O., Straßburg a. M., in der Erweiterung des Lohnbezirks Stettin auf 19 Ortschaften zugelassen worden. In diesem Bezirk gelten 9½ Stunden Arbeit und 55 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Ebenso ist die Bildung eines Landbezirks bei Stettin (10 Stunden und 50 $\frac{1}{2}$) für 20 Orte beschlossen. Im Bezirk Pauswalde-Jagd-Östnitz soll mit der Pauschalsumme von 60 Stunden pro Woche gebrochen werden. Nach dem Grundsatz "Laufzeit gilt als geleistete Arbeitszeit" ist allenhalben von 8 bis 6 Uhr zu arbeiten, dementsprechend ist ein gutes Quartier zu beschaffen. Ein Vertrag ist nur zu schließen, wenn der Bezirk Stettin Land anerkennt und die Zeit von 6 bis 6 Uhr nach obigen Grundsätzen garantiert wird. Der Stundenlohn soll auf 40 $\frac{1}{2}$ mit Lohnaufschlag bei größeren Pausarbeiten festgesetzt werden. Bisher wurde im Bezirk an fünf Tagen in der Woche bis

7 Uhr abends gearbeitet und so die Laufzeit nachgeholt. Beim Abschluß des ersten Vertrages stand der Lohn auf 35 $\frac{1}{2}$. In Stettin auf 47 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Unterchied 12 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Zeit bietet die Unternehmer im Bezirk Pauswalde-Östnitz 37 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ in Stettin 55 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ Unterchied 17 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$. In den meisten der in Betracht kommenden 124 Ortschaften sind Maurer ansässig. Bei der Laufzeit gehörten die Unternehmer den Kollegen einige Orte besondere Vergünstigungen, und aus kleinlichen Ortsinteressen können sich manche Kollegen in eine Neuregelung schwer hineinfinden, daher auch die Aktionsunfähigkeit. Hauptsächlich machen die Kollegen jetzt Ernst.

Gau-Ost: In Bützow (Ostpreußen) sind unsere Mitglieder am 25. Juni in den Streik eingetreten. Sie fordern die zehnständige Arbeitszeit und 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn. Diese Forderung, die eigentlich schon vor 15 Jahren hätte durchgesetzt werden müssen, kommt den Unternehmern recht ungeheuerlich vor. Im vergangenen Jahre wurde erst die zwölfständige Arbeitszeit abgeschafft. Obgleich die Bauten nur halb befreit waren, ließen sich die Unternehmer doch nicht auf Unterhandlungen ein, sondern glaubten, daß es nicht ernst von den Maurern gemeint sei. Jetzt, da die Arbeit ruht, trösten sie sich damit, daß der Verband die Kollegen nicht lange unterstüzen wird, sie würden dann wieder zur Arbeit kommen müssen. Das letztere wird aber wohl nur ein former Wunsch der Unternehmer bleiben; denn die Hälfte der Streikenden ist schon abgereist und die anderen sind in der letzten Woche anderweitig in Arbeit getreten, so daß nur einige Kollegen zur Streifführung zu Hause geblieben sind, und für diese wird die Unterstützung schon nicht ausreichen. Somit wird wohl keiner der Streikenden die Arbeit aufnehmen.

Die Herren auf einem Streik versallen. Am 8. Juli sollten die Verträge vor der Handwerkskammer freigesprochen werden. Da die Unternehmer aber wohl vermuteten, daß sich diese nach der Prüfung den Streikenden anfleischen würden, haben sie darauf hingewirkt, daß die Prüfung drei Wochen aufgeschoben wurde. Nun beabsichtigen diese jungen Leute, da ihre Lehrzeit schon lange zu Ende ist, so lange die Arbeit ruhen zu lassen, bis es den Unternehmern gefällt, die Prüfung vorzunehmen. Vielleicht bestehen sie die Prüfung schon anderweitig und verzögert ganz auf den Humpen. Damit aber der Streik nicht unnütz in die Länge gezogen wird, ist es nötig, daß alle Kollegen Braunschweig einstweilen meiden, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

In Gersfelde, einem Industriort von über 6000 Einwohnern, in Westpreußen, haben unsere Kollegen einen recht guten Erfolg auf friedlichem Wege erreicht. Es ist eine Vereinbarung zu Stande gekommen, wonach der Lohn am Orte auf 38 $\frac{1}{2}$ und für außerhalb auf 40 $\frac{1}{2}$ und freie Fahrt festgesetzt ist. Auch die sonstigen Arbeitsverhältnisse sind geregelt. Bisher war kein geregeltes Arbeitsverhältnisse vorhanden; es wurden Löhne von 30 bis 38 $\frac{1}{2}$ gezahlt, gerade wie es den Unternehmern passte. Daß sich diese Bewegung so friedlich abwickelte, war wohl eine Folge der königlichen Aussperrung. Die Unternehmer in Gersfelde, die zum Teil Mitglieder des Arbeitgeberverbandes in Konitz sind, neigen sich nicht nach dem Vorbeeren, die die sonstigen Unternehmer unter Führung von Hermann erinnern werden, darum haben sie die Sache in Güte gemacht und sich somit vor einer Herablage geschützt.

In Königsberg wurden die Unternehmer Hermann, Ströbel, Moos, Biese und Hildebrandt noch immer mit Italienern fort. Sie zahlen recht hohe Löhne und erhalten dafür schlechte Arbeit und nicht auswählbar. Unsere Mitglieder, die ausgeschüttet werden sollen, damit sie zu Kreuzfriesen und recht billig arbeiten, sind alle in der nächsten Umgebung trotz der schwächeren Löhne der Hermänner in besserer Arbeit und befinden sich ganz wohl, so daß sie von der Kraftprobe der Unternehmer nichts merken. Die Italienerne scheinen sich aber nicht so wohl zu fühlen; denn vor einiger Zeit sind schon 40 ausgetragen. Sie sind aber nach einer Woche wieder zurückgekommen; wie sich dies zugetragen, ist nicht festgestellt. Gesagt wird, daß eine Föhrde damit im Spiele sei und sie wegen Kontraktbruchs zurückgeschickt habe. Wie lange nur die Freundschaft mit den königlichen Unternehmern und den Italienern noch erhalten wird, ist nicht zu übersehen. Über ewig wird sie nicht dauern, so viel ist heute schon sicher. Da die königlichen Unternehmer auch noch außerhalb Arbeit haben, verfügen sie dort immer, einheimische Maurer anzuwerben; darum werden die Kollegen in Ost- und Westpreußen besonders darauf aufmerksam gemacht, damit diese Leuten nicht unbewußt in die Hände fallen. Es ist Pflicht eines jeden anständigen Kollegen, die Arbeit der königlichen Unternehmer zu meiden.

In Cöthen (Sachsen-Anhalt) (Ostpreußen), wo ein Zweigverein unseres Verbandes besteht, haben die Mitglieder den Lohn seit zwei Jahren auf 38,50 Tagelohn bei zwölfständiger Arbeitszeit auf 45 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn gebracht. Auch gegen die zehnständige Arbeitszeit hatten die Unternehmer nicht viel einzuwenden, sondern wollten sich mit den Tatsachen abfinden. Dieser große Erfolg scheint aber vielen von unseren Kollegen auf die Nerven gefallen zu sein, denn nach einigen Wochen haben sie, damit sie nun auch recht viel verdienen, die 40, ja, stellenweise die zwölfständige Arbeitszeit wieder eingeführt. Viele haben auch ihre Mitgliedschaft aufgegeben; denn sie glauben, daß sie mehr haben als sie jemals erhofft, und daß darum der Verband überflüssig geworden ist. Hoffentlich gelingt es bald, den Kollegen ihren Erfolg begreiflich zu machen, sonst wird es gar nicht allzulange dauern, und werden sie die hämischen elenden Bauten wieder haben, die sie früher hatten; dann wird die Neue aber zu spät kommen. Ein gebedecktes Arbeitsverhältnis ist nur aufrecht zu erhalten durch eine gute Organisation und durch einen Normalarbeitszeit, das mögen sich die Kollegen ein für allemal gesetzt haben. Da in den Versammlungsräumen vorhanden ist, es Pflicht der leitenden Kollegen, es allen klar zu machen, daß sie ihre eigenen Interessen schützen, und unter allen Umständen zusammenhalten müssen, dann wird der errungene Erfolg niemals wieder verloren gehen.

Gau Berlin: Im Lohnbezirk Neuzelle-Fürstenberg hat bisher die Organisation leider den gewünschten Einfluß nicht besessen. Unter diesen Umständen konnten auch die Unternehmer mit den Gefellen ungestört

ihre fröhles Spiel treiben. Im Frühjahr, wenn die Arbeitskräfte knapp wurden, legten sie einige Pfennige Lohn zu und kündigten an, daß nun wieder vierzehntägige Kündigung bestehen, und sobald der Herbst ins Land kam, wurde der Lohn wieder reduziert und eines schönen Tages angekündigt, daß Kündigung nicht mehr besteht. In diesem Jahre haben sich die Herren mit der Einführung der Kündigung etwas verplätzt, und der Lohn ist infolge der "Leute not" etwas ungleich gestiegen. In dieser Not holten die Meister Rat von ihren Gouverneur Kollegen und wurden untereinander einig, vom 25. Juni an wieder die Kündigung einzuführen und den Lohn — der bei einem Unternehmer bis 40 $\frac{1}{2}$ für einige Kollegen gestiegen war — zu reduzieren. Das ging nun aber den sonst recht geduldigen Kollegen gegen den Strich; sie haben einmütig — Organisierte und Unorganisierte — die Arbeit niedergelegt und fordern Beleidigung der Kündigung und einen Mindestlohn von 37 $\frac{1}{2}$. Hauptsächlich halten die Kollegen fest zusammen und bleiben treue Mitglieder. Insbesondere wäre das von den Biebricher Kollegen zu wünschen, die in großer Zahl in Fürstenberg arbeiten, damit sie ihren Kollegen in der Heimat aus der Erfahrung die Notwendigkeit und Richtigkeit der Organisation nachweisen können und endlich den Nutzen finden, in ihrem Bezirk die tieftrautigen Zustände zu befreien. Einfühlige Arbeitszeit, 4,25-2,75 Tagelohn, Kündigung und andere schöne Sachen mehr bilden dort die sogenannten Arbeitslebendungen.

In Berlin sind die Baderenmauer am 2. Juli in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes von 60 auf 70 $\frac{1}{2}$ pro Stunde und achtständige Arbeitszeit.

In Dahme i. d. Mark sind die Kollegen, nachdem die Kündigung abgelaufen war, am 29. Juni in den Streik eingetreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 30 auf 35 $\frac{1}{2}$. Die Unternehmer lehnen eine Verständigung ab; nur einer erklärt sich bereit, 1 $\frac{1}{2}$ zugulegen.

Die Unternehmer in Sommerfeld (Bez. Frankfurt a. d. Oder) konnten trotz wiederholter Verhandlungen nicht bewegen werden, die gestellte Forderung — Erhöhung des Lohnes von 35 auf 40 $\frac{1}{2}$ — zu bewilligen. Auf die leidenschaftliche Anfrage hielten sie nicht einmal eine Antwort für notwendig. Nunmehr sind die Kollegen am 2. Juli einmütig in den Streik eingetreten. Gedankt werden die Herren wohl bald gesprächiger werden.

In Elzberg hat im Laufe der Woche eine Verhandlung stattgefunden. Die Unternehmer sind der Meinung, nichts zulegen zu können. Unsere Kollegen werden sich noch einige Zeit gebülden müssen, bis bei den Unternehmern eine Sinnesänderung eintreten wird.

Beide wurden in der Verhandlung die Streiks in Böhlitz, Tützberg und Treuenbrietzen. In Böhlitz ist die Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden erreicht. Beim Unternehmer Gärtner in Wüstenberg wird noch an den alten Bedingungen weiter gearbeitet, doch wird auch die Ordnung geschaffen werden, sobald die Organisationsverhältnisse dies gestatten. In Tützberg ist nach dreiwöchigem Streik ein voller Sieg errungen. Der Lohn beträgt in diesem Jahre 48 $\frac{1}{2}$ und vom 1. April 1907 ab 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Bei Arbeiten auf Altes Lager werden bis 1. April 1907 2 $\frac{1}{2}$ mehr geahlt. Vom 1. April 1907 wird auf den Bauten, auf dem Schießplatz, Neues Lager und Kaserne Tützberg II 48 $\frac{1}{2}$ und Altes Lager 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde geahlt.

In Treuenbrietzen ist noch einer Verhandlung zwischen Unternehmern und Lohnkommission, die ganz plötzlich am 26. Juni, Nachmittags, vor erschien, gekündigt wurde. Eine Einigung zu Stande gekommen. Die geforderte Lohnherabsetzung betrug 3 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Der Vertrag sieht fest, daß für dieses Jahr 37 $\frac{1}{2}$, vom 1. Juni 1907 an 38 $\frac{1}{2}$ und vom 1. Juni 1908 an bis 31. Mai 1909 39 $\frac{1}{2}$ gezahlt werden sollen. Mit den Herren ist sehr schwer zu verhandeln; sie verfügen nicht über die dazu erforderlichen Umgangsformen, und so schien ihnen die Unwissenheit der Bauvorstandsvorsteher immer sehr lästig, da diese gebräuchte Verhandlungen drängten. Hätten unsere Kollegen auch diesmal nicht allein verhandelt, so wären sie sicher von einem dreijährigen Vertrag, der eigentlich einem vierjährigen gleich kommt — am 1. Juni ist hier nämlich die meiste Arbeit fertig —, verschont geblieben.

Die Unternehmer in Schwiebus haben den Schiedspruch ebenfalls anerkannt; die Vereinbarung soll zwei Jahre Gültigkeit haben.

Durch Verhandlungen ist die Lohnbewegung in folgenden Zweigvereinsbezirken zum Abschluß gekommen:

Strauberg, Lohnherabsetzung von 47 auf 55 $\frac{1}{2}$.

Rehnsberg i. M. 3 $\frac{1}{2}$ Lohnherabsetzung, und zwar für dieses Jahr 39 $\frac{1}{2}$ und für das nächste 41 $\frac{1}{2}$. Der Lohn beträgt dann 38 $\frac{1}{2}$.

Preußisch W. Lohnherabsetzung von 42 $\frac{1}{2}$ auf 47 $\frac{1}{2}$.

Rowowesh. Bötschen, Bötschen, Zweijähriger Vertrag, in jedem Jahre 2 $\frac{1}{2}$ Lohnherabsetzung, somit beträgt dann der Lohn 46 $\frac{1}{2}$.

Wesenberg. Lohnherabsetzung von 38 auf 35 $\frac{1}{2}$.

Güstrow. Lohnherabsetzung von 30 auf 28 $\frac{1}{2}$.

Güstrow. Lohnherabsetzung von 30 auf 28 $\frac{1}{2}$.

Güstrow. Lohnherabsetzung in diesem Jahre von 30 auf 28 $\frac{1}{2}$.

Behden. Lohnherabsetzung von 30 auf 28 $\frac{1}{2}$.

Behden. Lohnherabsetzung in diesem Jahr von 30 auf 28 $\frac{1}{2}$.

In Güstrow liegen Differenzen vor, so daß es wahrscheinlich zum Streik kommen wird.

In Cottbus und Güstrow sind unsere Kollegen infolge des Bauarbeiterstreiks in Wittenberghaus gezogen.

Gau Görlitz: In Bautzen haben die Unternehmer auf eine Anfrage der Streitteilung, ob die Unternehmer gewillt seien, in Verhandlungen einzutreten, in einer Versammlung einstimmig beschlossen, mit uns jetzt nicht zu verhandeln. Ihre Ablehnung motivieren sie damit, daß die Bauten entsprechend befehlt seien und wir keine Leute zur Verfügung hätten. Die entsprechende Befehlung besteht darin, daß zwei oder drei aus allen Ecken und Winkel herbeigeholt Arbeitswillige auf dem Bau seien. Nur beim Obermeister und da, wo das Dresdener Ungerziefer ist, sind es einige mehr. Den Herren Unternehmern es aber unheimlich werden bei dieser "Befehlung". Und dann die Bemerkung, wir hätten so wenig Leute zur Verfügung, daß die Unternehmer welche, dann sollten sie die Abreise verhindern, die Abreise kommen dann schon wieder. Geradezu trampfhaft sind die Bemühungen der Unternehmer, anderweitig Arbeitskräfte anzuwerben, um für weitere Befehlung der Bauten zu sorgen. Im größten Druck ist unter anderen Bau-

meister Kubits. Ihm sind von dem Neubau der Kavalleriefabrik einige Gebäude übertragen worden. Nun freilich die höhnen Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter schon, sind Böden und wollen nicht mehr werden. Auch die Dresdner Streitbrechervereinigung reicht nicht aus, um das ganze Kapital retten zu können. Man sieht auch schon, an dieser Gesellschaft genug zu haben; denn kein Unternehmer sieht sich mehr recht um sie zu holen. Zur Abwendung will man es jetzt einmal mit Italienern versuchen. Am Montag traf ein italienischer Unternehmer ein. Herr Kubits hatte ihm kommen lassen und wollte ihm die Arbeit an der Kaserne übertragen. Vermittels des drahtlosen Telegraphen wurde die Streitfertigung benachrichtigt. Dieser eilte herbei und teilte dem Italiener die Sachlage mit, er sei bei Kubits tätig. Wie staunte der Italiener, als er hörte, daß hier so niedrige Löhne gezahlt werden und warum gestellt wird. „Wird wohl mit mir werden mit Geschäft“, sagte er immer wieder. Und es ist auch wieder mit geworden, doch Baumeister Kubits gedacht haben, als der Italiener nach dreißigjährigen Verhandlungen schließlich davonging. Herr Kubits mag sich sehr gewundert haben, als der Italiener erklärte, er müsse seinen Leuten mindestens 48 & zahlen. Welleit kommen die Herren einmal zu der Einsicht, daß es besser ist, wenn sie sich mit uns einigen. Nun sind wir genötigt, noch einmal auf die Dresdner Streitbrechervereinigung zurückzukommen. Das Unternehmen dieser Herren wird jetzt geradezu gemeingeschäftlich. Sieh da so ein Kaufmännischer am Sonnabend im hiesigen Bahnhofstunnel-Restaurant und spielt und renommiert mit einem Revolver. Möglich erobert ein Schuh und dringt einen Häusler aus Schwarzwalddorf in die rechte Hand. Nur durch blitzschnelles Wieden entging ein Bahnbeamter der Gefahr, den Schuh in den Kopf zu bekommen. Nach Feststellung seiner Personalien ließ die Polizei den Helden laufen. Es ist der Maurer Müller er aus Dresden. Merkwürdig ist es auch, daß die Polizei noch keinen amtlichen Bericht an die *Bayrischen Nachrichten* gelangen ließ. Das ging doch damals so schnell, wie die Streitbrecher die Attacke auf die Streitenden machten. Allerdings dort stand es ungeleget. Aus dem sonstigen Verhalten der Behörden drängt sich uns die Verwirrung auf, als gelte es nur die Interessen der Unternehmer zu vertreten. Siehen da vorige Woche einige Streitende auf der Oberbaustelle und unterhalten sich rubig mit einem Bauunternehmer. Möglich, wahrscheinlich telephonisch herbeigekommen, eilt ein Schuhmann per Rad herbei und postiert sich neben die Dasehenden. Wie er sieht, das nichts zu retten ist, fragt er den Unternehmer, ob er wieder gehen könne. Darauf die prompte Antwort, jawohl, es ist weiter nichts. Nur immer weiter so. Solche Polizeidienste klären die Arbeitssituation auf, und das ist auch zu unserem Besten. Die Kollegen lassen sich auch nicht irre machen und werden den Kampf weiterführen. Die Abgesehenen erachten wir, auszuhalten, bis ein Erfolg erzielt ist.

Gau Leipzig. Neben den Streit in *W i c k a u* ist zu berichten, daß dieser durch die Arbeitszeitverlängerung der Polizei selbstredend noch günstiger gestaltet hat. Es haben 18 Meister und 8 Gesellen den Meistern den Rücken gekehrt und sich dem Streit angelassen. Auf das Schreiben, daß am 22. Juni von der Streitleitung an den Arbeitgeberverband gesandt wurde, erhielt des Vertrauensmann eine Einladung, in das Bureau des Baumeisters A. Schmidt befreit einer Befragung zu kommen. Dieser wollte nur wissen, ob die Maurer noch auf ihren Forderungen beharren. Auf die behaftete Antwort und die Neuerung des Wunsches, daß die Maurer eine Aussprache hierüber wüssten, erklärte Schmidt: „Dann können Sie weiter streiten!“ Weiter sprach er sich dahin aus, daß der Streit rein vom Baute gestartet sei. Seine Leute hätten zum Beispiel ihm garnicht davon gesagt; er wäre ganz und gar in Unkenntnis hierüber gewesen. Und dabei ist die gerechte Forderung, die die Maurer gestellt haben, schon 15 Jahre alt und den Unternehmern mindestens ein Dutzend mal schriftlich zugesandt werden! Weiter ist zu berichten, daß nunmehr auch Baumeister Oskar die Forderungen anerkannt hat und deshalb die Arbeit bei demselben wieder aufgenommen werden konnte. Auch Baumeister A. Richter hatte sich erboten, die zehnständige Arbeitszeit und 40 & Stundenlohn zu gewähren. Hierauf konnte man aber bei einem einzelnen Meister nicht eingehen. Wenn dieses Angebot vom Arbeitgeberverband ausginge, ließe sich darüber reden. Nach diesem ist anzunehmen, daß der Streit wohl noch einige Zeit dauern wird, denn das Zwischenbautechnikum führt sich eben noch auf dem hohen Pferde. Das muß erst sicht gemacht werden, und das kann nur geschehen, wenn die Maurer einig und geschlossen im Streit ausharren und nicht zu Streitbrechern werden bzw. daß nach ihrer Seite Streitbrecher kommen. Dass den Unternehmern das Feuer schon auf den Mägeln brennt, beweist, daß sie alles versuchen, um Arbeitswille zu bekommen. Doch war alle Bemühung nach dieser Richtung hin bisher vergeblich und wird es auch für die Zukunft bleiben. Man hat sogar an die Streitbrecherorganisation nach Dresden geschrieben, aber auch deren Mitglieder lehnen es ab, nach hier zu kommen, nachdem sie sich von den Lohnberhältnissen unterrichtet hatten. So, es geht noch viel weiter: Invaliden, die sonst überhaupt keine Arbeit bekommen, bietet man jetzt 60 & die Stunde, um sie zum Bleiben zu veranlassen. In anderen vom Baustadt abhängigen Gewerben macht sich der Streit auch schon recht fühlbar. Das tut uns zwar leid, aber ändern können es nur die Unternehmer, wenn sie unsere Forderungen bewilligen.

In *Nei* tagt Sonntag, 1. Juli, eine öffentliche Maurerversammlung, die sich mit der Lage des Streits beschäftigt. Bewilligt haben die Unternehmer Vogel und Böhls aus Bautzen, und der Unternehmer Heinrich aus Langenlenschen-Oberhain, der auch immer Bauten hier ausführt. Da nun bei den anderen beiden Unternehmern keine Aussicht mehr auf Erfolg vorhanden war, wurde beschlossen, die Streit aufzuhören. Über die Unternehmer Hellriegel und Böllner wurde die Spur verfolgt, vielleicht kommen auch diese noch zu einer anderen Einsicht, denn die beiden sind die Hauptakteure am Platze. Als Streitbrecher-Agenten haben sich beobachtet, verborsten der frühere Kollege Emil Weigel aus Arnstadt, und der gleiche Johann Kämen aus Mistelwitz bei Plaußau in Böhmen.

Die Kollegen in *Merseburg* fordern 48 & Stundenlohn. Die Unternehmer haben jede Lohnabschöpfung abgelehnt; es durfte darum bald zum Streit kommen.

Gau Magdeburg. Zu dem letzten Zugang von Italienern nach Bernburg, der in Nr. 25 unseres Blattes erwähnt wurde, gibt Kollege Dege in Halle die Erklärung, daß die von ihm mit einem Kostenaufwand von M. 92,05 abgeschobene

Colonne nicht nach Bernburg, sondern in Begleitung zweier durchsichtiger Kollegen nach Hagen i. W. gefahren ist.

In *B e r n b u r g* ist der Zimmererstreit wegen der überhandnehmenden Streitbrecher aufgehoben. Die Ausvergungsgesellschaft sind den Unternehmern dadurch nicht ausgetrieben.

Der Streit in *G a r b e l e g e n* sieht den Unternehmern schwer im Magen zu liegen. Um dieses Lebel zu beheben, arbeiten sie mit der Materialsparte. Der Unternehmer Prenger hat die Forderung unserer Kollegen bestellt, nun soll ihm die Materialienausgabe abgeschlossen werden.

Der Kollege *F r i e d r i c h W u r t z h a u s* — dem Bürgener Kollegen besonders gut bekannt — ist, trotzdem er den Streit am meisten propagierte, zum Streitbrecher geworden, weil seine unverhüllten Unterhüllungsansprüche abgewiesen werden mußten.

Seine Gedanken ist die Bewegung erledigt. Resultat

2. Sohnerhöhung.

In *S c h a w a b e c k* lehnte die entschuldige Versammlung den Streit ab, weil die Bauherren das Unternehmerium in faßkräftiger Weise durch Schließung der Baupläne unterdrücken und weil ferner eine Lohnherhöhung von 2 & eingetreten ist.

Gau Erfurt. Die Maurer *M u d o l s t a d t* forderten von ihrem Meistern eine Lohnherhöhung von 38 auf 40 &. Diese haben sich hierzu direkt ablehnend verhalten, worauf in einer sehr stark beladenen Versammlung am 29. Mai die Arbeitszeitverlängerung beschlossen wurde. Die Meister suchen nun in auswärtigen Zeitungen Maurer nach, was ihnen aber bis jetzt noch nicht gelungen ist. Die Situation des Streits ist bis jetzt gut; wie hatten zwar mit einem starken Zugang von Italienern und Böhmen zu rechnen, die aber alle den Ort wieder verlassen haben. Jetzt hat sich ein Kollege Name Hermann Böltner bewegen gefühlt, die Arbeit wieder aufzunehmen. Wie es scheint, hat er geglaubt, Verhungern zu müssen, denn sein kollektiver Arbeitgeber hat ihm zu diesem Fazit aufgefordert. Die Meister verhalten sich unserer Forderungen gegenüber ablehnend. Die Meister, der nicht im Unternehmerverband ist, hat uns das Angebot gemacht, jetzt 38 & und im nächsten Jahre 40 & zu zahlen, worüber wir uns aber noch nicht schriftlich geworden sind.

Der Streit in *S u h l* dauert unverändert fort. Die Unternehmer stellen alles Mögliche und Unmöglichste an, um die Ausständigen zu schädigen. Das, da auch Mittel gebraucht werden, die ein außändiger Mensch verabscheut, darf nicht unverhindern, da auch hier, wie überall, die Unternehmer dem gesetzlichen Grundsatz huldigen: Der Zweck heiligt das Mittel. So wurde ein Kollege beim Vorstand des süddeutschen Kriegerbundes denunziert, daß er ein Sozialdemokrat sei, bloß weil er seinen streitenden Kollegen nicht länger mehr in den Rüden fallen wollte. Der Unternehmer Hoff gab offen zu, daß er der Denunziant gewesen sei. Nun, der Kollege wird doch Schmerz zu ertragen wissen. Der Unternehmer Weißbrodt sucht Arbeitskräfte durch Manipulationen zu erlangen, die bald einer Vorstiegung falscher Tatsachen ähnlich seien. Da er seinen Wohnung in Wüchtershausen hat, spricht er aus, der Streit berühre nur Suhl. Ausdrücklich sei hier festgestellt, daß nicht allein in Suhl sondern auch bei Weißbrodt in Wüchtershausen geführt wird. Die Unternehmer, die angeben, 38 & nicht zahlen zu können, bieten jetzt 40 und 42 &. Daraus ist zu ersehen, daß die Herren schon bezahlt hätten, wenn sie nur wollen. Leider haben sich auch einige Maurer (?) gefunden, die, aller Solidarität bar, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen. Ob aber die Unternehmer mit deren Leistungen zufrieden sind, bezweifeln wir; sind es doch solche Arbeiter, die zu einer anderen Zeit kaum Stellung finden würden. Folgen wir den Unternehmern während des Lohnkampfes auch nicht auf jenes Gebiet, wo Anspruch und gute Sache ein Ende haben, so muss doch ausgesprochen werden, daß durch solche Handlungswise das spätere gute Einvernehmen auf lange Zeit hinaus gefährdet ist. Unsere auswärtigen Kollegen sowie die gesamte Arbeiterschaft erfreuen wir uns in unserem Kampfe dadurch zu unterstützen, daß man den Zugang streng fernhält.

Gau Nürnberg. An allen Orten, wo wir mit den Unternehmern um die Verbesserung unserer Lebenshaltung kriegen führen, handelt es sich schon seit Wochen nicht mehr darum, daß die Unternehmer den geforderten Lohn nicht zahlen können; was jetzt zu entscheiden ist, ist die Maßfrage. Die Unternehmer wollen unter allen Umständen „Herr im Hause“ bleiben, d. h. nach Willkür jetzt und später die Lohn- und Arbeitsbedingungen allein festsetzen. Ob das den Herren gelingen wird, ist noch fraglich.

In *H o f* hat ein Unternehmer, dem es gewaltig auf den Fingern brennt, bereits versprochen, daß die Unternehmer recht geben werden, damit sie nur anfangen zu arbeiten, damit es nach außen nicht bekannt werde. Aber mit solchen leeren Versprechungen lassen sich unsere Kollegen nicht fangen. In der letzten Woche haben sich die Dinge zu unserer Gunsten geändert, indem eine auswärtige Firma zwei große Fabrikneubauten hier ausführt und unsere Forderung, die wir vor 45 auf 48 & Mindestlohn pro Stunde reduziert hatten, bestätigte. Die Firma benötigt jetzt 100 Maurer. Sie können alle Streitenden und einen Teil der verheizeten Kollegen, die auswärts in Arbeit stehen, dort unterbringen. Also auch wenn die Hofter Unternehmer nicht den gleichen Lohn benötigen wollen, der Kampf kostet uns keine großen Opfer mehr. Die Unternehmer haben allerdings geschlossen, vor dem 1. Oktober d. J. freitende Maurer nicht mehr einzustellen, also bis zu diesem Datum auszuspielen, die Herren wären aber recht froh, wenn die Maurer kommen würden. Über das kann nur nach vorheriger Verständigung geschehen.

In *B a u e r u t* steht der Streit noch so wie in der letzten Woche. Die meisten Bauten stehen still, nur vereinzelt findet man die Belebungen, Polizei und Kontrollpersonal an der Arbeit. Aber die Bauten kommen nicht vorwärts; denn die Polizei mit dem paar Streitbrechern kommt nicht gerne harte Breiter. Der Kriegerneubau steht schon sechs Wochen vollständig still, ohne daß die Bauverwaltung einen Finger rührte; man kann heraus erkennen, daß, wenn auch seinerzeit das Kriegsministerium den Antrag des Arbeitgeberverbandes, die Streitlaufen in die Submissionssiedlungen aufzunehmen, ablehnte, man dem Unternehmerium doch in der weitgehendsten Weise entgegenkam.

In *B u r g f a r n b a c h*, einem Vorort von Fürth, wo unsere Kollegen den gleichen Lohn und dieselbe Arbeitszeit fordern, die in Nürnberg und Fürth besteht, nahmen

die zwei Unternehmer eine ablehnende Stellung ein, weshalb alle am Ort beschäftigten Kollegen die Arbeit einsteuerten. Unterhandlungen fanden bereits statt, führten aber bisher noch zu keinem Resultat.

In *W i t z b u r g* haben unsere Kollegen, um zu zeigen, daß sie den Frieden auf gütlichem Wege herbeiführen wollen, das Gewerbeamt als Einigungsamt angesetzt. Ob die eingeleiteten Unterhandlungen aber zu einem aufzieldenstellenden Ergebnis führen werden, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen. Der Stand des Streits ist noch der gleiche, wie vor mehreren Wochen. Die Unternehmer sind weiter auf der Seite nach Arbeitswilligen, die aber fast alle von uns wieder abgeschieden werden. Der Unternehmer Weber läßt die Streitbrecher täglich mit einem Landauer nach und von der Arbeitsstelle bringen, damit sie nach dem Streitenden nicht in Berührung kommen.

In *M e g e n b u r g* ist in dem Stand des Streits eine Aenderung noch nicht eingetreten; unsere Kollegen kämpfen für ihre gerechte Forderung mit der gleichen Einigkeit weiter und lassen sich von den paar Streitbrechern in keiner Weise beeinflussen, wankelmäßig zu werden.

Im *L o g e b e n g e* *N ü r n b e r g* führen die Arbeitgeberverbände für das Baugewerbe im Mittelfranken Unterhandlungen stattgefunden, die aber an keinem Ergebnis führen, da die Unternehmer sich auf einen vollständig ablehnenden Standpunkt stellen. Sie verlangen, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen bis zum Schluss des Jahres weitergearbeitet werde, dann wollen sie mit uns vom 1. Januar 1907 an einem neuen Vertrag eingehen. Dies verhindert mußt von uns abgelehnt werden, da wir daran festhalten müssen, daß in diesem Jahre, und zwar vom 1. Juli an, eine Lohnherhöhung eintrete. Die Unternehmer haben für ihr Verlangen allerlei Gründe, die aber nur als Ausreden aufgefaßt werden können. Sie wollen nicht gewußt haben, daß die Maurer und Bauhofsarbeiter bei Ablauf des alten Vertrages neue Forderungen aufstellen würden, und solche hätten ihnen nicht die Wogen, sondern mindestens ein Vierteljahr vorher zugegeben müssen und dergleichen mehr. Der Städteburger *S i m a* ist über, daß die Unternehmer nichts bewilligen wollten, weshalb eine am 29. Juni tagende Mitgliederversammlung beschloß, am 1. Juli in der partikulären Streit einzutreten. Unsere Handvoll Zeitungsmitschriften haben nachdrücklich gleichfalls eine Lohnforderung eingerichtet, deren Inhalt uns aber unbekannt ist. Sie wurden, ohne uns etwas in Wort davon mitzuteilen, vom Vorstand des Arbeitgeberverbandes zu den Unterhandlungen eingeladen. Während der Unterhandlung kam man auch darauf zu sprechen, daß man uns hätte mitteilen sollen, doch noch eine zweite Organisation zur Unterhandlung beigeladen sei. Wir erklärten, daß wir von unseren Mitgliedern keine Verstärkung hätten, mit dem Christlichen gemeinsam einen Vertrag abzuschließen. Dies veranlaßte den „christlichen“ Gauleiter, eine „große“ Rede zu halten. Er meinte, es sei uns nicht ernst mit unserer Forderung; beratige Forderungen würden nicht im Interesse der Arbeiter gefestigt, wir seien Schmarotzer usw. Er hatte aber das Bed, daß ihm die Vertreter der Unternehmer ein Brutto zuzieren, woraus man wohl am deutlichsten ersehen könnte, wer die Interessen der Arbeiter vertritt.

Gau Münchens. In *A u g s b u r g* stehen die Kollegen in der Bewegung. In einer stark besuchten Versammlung am 27. Juni wurden die Forderungen aufgestellt: 90stündige Arbeitszeit und 48 & Lohn; am 1. Mai 1907 soll der Lohn auf 50 & erhöht werden. Die Augsburger Kollegen haben es nötig, etwas für die Verbesserung ihrer Lage zu tun, denn nach einer kürzlich aufgenommenen Statistik erhalten von 758 Maurern nur 819 den Höchstlohn von 48 &. Die nächsten Tage werden zeigen, wie sich die Unternehmer zu der Forderung stellen.

Der Maurerstreit in *S a n d b u r g* dauert nun schon drei Wochen und noch haben die Unternehmer keine Lust gezeigt, auf eine Beilegung des Streits einzugehen. Ihre Anstrengungen, Arbeitswillige zu überreden, haben bis jetzt nur ergeben, daß ein einziger Landmaler die Arbeit aufnahm. Von den Streitenden ist bis jetzt noch keiner zum Vertritt geworden. Einige alte und invalide Leute sowie die meisten Polizei sind sicher geblieben, aber die Unternehmer aus der Polizei zu ziehen, sind sie doch viel zu schwach. Die Meister arbeiten Garmisch fungieren als Kaufmänner, Stofflauer Bäcker aus Schwabenland macht Streitarbeit, aber alles hat nicht den gewünschten Erfolg. Es wird also den Unternehmern nichts weiter übrig bleiben, als sich zu Zugeständnissen zu bequemen.

Gau Mannheim. Den Unternehmern in *P f o r z h e i m* ist das Ausperlen sehr bald leid geworden. Am Dienstag, den 26. Juni, kam es zum Abschluß eines neuen Vertrages. Der erste Vorschlag (vom 1. Januar 1907 an 52 & pro Stunde zu zahlen) wurde, wie vorauszusehen war, seitens der Kollegen fast einstimmig abgelehnt. Die Kollegen bestanden auf einer klug ausgewogenen Lohnherhöhung. Dies wurde bei Fortleitung der Unterhandlungen den Unternehmern mitgeteilt. Nach langem Hin und Her berieten die Unternehmer für sich und erklärten dann als legales Wort, sie wollten 1906 vom 1. August an 50 & pro Stunde, vom 1. Januar 1907 bis 31. März 1908 52 & zahlen. Nachdem wir ebenfalls über die neuen Vorschläge gekrempelt beraten hatten, gaben wir die Erklärung ab, wenn die Unternehmer vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 52 & zahlen, seien wir bereit, für dies Angebot einzutreten. Nach einem Widerstreit nahmen die Unternehmer diesen Vorschlag an. Die Ausgepererten erklärten sich mit diesen Zugeständnissen ebenfalls einverstanden, und so wurde am selben Tage Nachmittags 6 Uhr der neue Vertrag unterzeichnet. Die Unternehmer haben sonst noch für ihre Ausperrung mit 6 & Lohnherhöhung zu zahlen. Für Überstunden gab es früher 10 &, jetzt 16 &. Der Lohn muß statt nach, jetzt vor Beilegung ausgetauscht werden. Am Schlus wurde noch hinzugefügt, daß der Teil, der am 31. Dezember 1906 den Vertrag antritt, nicht mehr gültig ist. Nachdem der Vertrag unterzeichnet war, hielt der Vorstehende des Arbeitgeberverbandes noch eine sehr schöne Rede. In dieser wurde hervorgehoben, daß die Unternehmer ehrlich Frieden wünschen würden, sie würden den Maurern nichts nachzutragen, dasselbe sollten auch die Maurer tun. Kollege Horster erwiderte darauf, den Maurer sei es immer ernst um den Frieden zu tun gewesen. Damit hatte die Ausperrung ihres Abschlusses gefunden. Der Ausgang dürfte für die Schärmacher eine gute Lehre gewesen sein.

In Gedweiler haben sich einige Dorfmeister gefunden, die den Unternehmern mit ihren Dorfmauern zu Hilfe gerufen sind. Außerdem sind 23 Städter vorhanden, die unter polizeilicher Leitung Streifwachtdienste verrichten. Da nur noch sechs Streifende am Ort sind, so wurde beschlossen, dass diese sich ebenfalls auswärts Arbeit suchen. Der Streif wird trotzdem weitergeführt. Von den übrigen Orten ist neues nicht zu berichten.

Gau Köln. — Bei Düsseldorf ist der Vertragstext vor, wie er aus den Verhandlungen mit den Arbeitnehmern hervorgegangen ist, von den Kollegen angenommen. Die Blauarbeiter und Bauarbeiter halten bereits vorher ihre Zustimmung dazu erklärt. Danach werden vom 1. Juli d. J. an der neuembaulichen Stärke 578,- gezahlt. Am 1. April 1907 erhöht sich der Lohn auf 60,-. Der Vertrag läuft bis zum 1. April 1908. Die endgültige Unterzeichnung von beiden Seiten wird inzwischen auch schon erfolgt sein.

Seit dem 1. August 1907 wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt und der Stundenlohn von 48 Pf auf 48 Pf sofort, vom 1. August an auf 50 Pf und vom 1. März 1907 an auf 55 Pf erhöht.

In Math wurde der Stundenlohn durch Vertrag von 54 auf 57 ₡ erhöht.

Die Ausperrung in Duren dauert seit dem 2. Juni unverändert fort. Der Vertrag, durch Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters eine Einigung herbeizuführen, ist gescheitert. Der Arbeitgeberverband hat am 18. Juni eine Erhöhung des bisherigen Lohnfanges von 48 auf 45 & für die Stunde angeboten; die Lohnkommission der Arbeitnehmer hat am 22. Juni erklärt, hierauf angeschlossen der zweiten Lebensbedürfnisse nicht einzugehen zu können und eine weitere Lohn erhöhung verlangt. Am 23. Juni hat nun die Lohnkommission die Vermittlung des Herrn Oberbürgermeisters angenommen. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat die Antwort gegeben, daß er nicht in der Lage sei, sich auf irgend welche Verhandlungen einzulassen; die Unternehmer seien mit ihrem Angebot an die Gewerkschaften bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit gegangen und müßten, um konkurrenzfähig zu bleiben, hierauf festhalten.

So wird der Ausland leider noch weiter dauernd.
In Elberfeld-Warmen sind die Maurer und Bauhüttsarbeiter am 8. Juli in den Streit eingetreten. Der bergische, Schutzbund für das Baugewerbe hatte sich zwar zu Verhandlungen herbeigefüllt, aber schon der Umstand, daß er die Gauleiter von der Teilnahme ausschloß, ist bezeichnend für ihn. Eine Einigung, bei der die Arbeiter auf ihre Rechnung kamen, war nicht zu erzielen. Der Zugang muß streng ferngehalten werden.

Gau Dortmund. Die Sperrre über die Firma Gebr. Kleyn in Hördt ist wieder aufgehoben. Die Mißstände sind befeitigt und die Kollegen alle wieder eingestellt, so weit sie nicht schon andere Arbeit angenommen hatten. Die Arbeit wurde am 27. Januar wieder aufgenommen. Gebr. Kleyn haben sich jetzt einen höllischeren Ton angewöhnt vor der Sperrre.

Gau Hannover. In Minden ist die Zahl der durch den Bauarbeiterstreik in Mitleidenschaft gezogenen Kollegen erheblich größer geworden. Das Verzeichnis misst am 30. Juni folgende Zahlen auf: In Mitleidenschaft gezogen-143, hierauf abgerechnet resp. anwerbter untergebracht 85, bei einem Unternehmer, der die Bauarbeiterförderung bewilligt hat in Arbeit getreten 7, so daß noch 51 Kollegen am Orte sind; diese Zahl wird sich am Montag, den 2. Juli, durch weitere Abreise mindestens um Zweidrittel verringern. Bei gesperrten Unternehmen arbeiten noch 7 Polizie, 6 Gestellen und 44 Lehrlinge des nichtgesperrten 7 Polizei, 31 Gestellen und 10 Lehrlinge. Eine Verhandlung am 30. Juni, die sich mit der augenblicklichen Situation beschäftigte, fäste den Besluß, daß überall da, wo die Förderung der Bauarbeiter bewilligt würde, auch unsere Kollegen sofort die Förderung von 45 & Stundenlohn fassen und im Belagerungsfalle die Arbeit einstellen sollten.

neuer und im Weiterleben sie die Arbeit einzuführen. In dem s o l d , wo von unserer Organisation 18 Kollegen am Streik beteiligt sind, sind noch 7 Kollegen zu unterstützen. Ledernfalls ein glänzendes Resultat. Beide Unternehmer haben die Forderung bewilligt. Am 3. Juli finden durch Vermittelung des Oberbürgermeisters von neuem Einigungsverhandlungen statt. Es liegt nur an dem Entgegengkommen der Unternehmer, ob eine Einigung zu erzielen ist. Die Maurer haben die wenige Urfache, Konzessionen zu machen. Mit welchen Arbeitskräften sich die Unternehmer über Wasser zu halten suchen, beweist ein Fall in der Hermannstraße. Dort hat ein Unternehmer einen Kanalanschluss auszuführen. Der liebe Arbeitswillige, von Maurerhandwerk keine blassen Ahnung, bekommt Hammer und Zelle und eine Schaufel in die Hand gebliebt, und nun beginnt seine wüthische Münchnerarbeit. Der brave Arbeitswillige hat sich aber als allzu unzählig erwiesen; denn die Grube stürzte zusammen. Eine hierauf stehende Treppenhauswand, zwei Geschosshöhe, hatte so gewaltiges Interesse an dem Besetzenden, daß sich die Spurei des gewaltigen Umsturzes recht deutlich bemerkbar machen, und der Unternehmer nichts Blügeres zu tun hatte, als das nach zwei Seiten freileggende Treppenhaus abzubrechen. Die Bodesteine fielen auf den Steinen erhalten gebliebenen, sonst mühten die Einwohner auf Leitern ihr Heim zu erreichen suchen. Über es gibt immer noch Glück im Unglück! Es kann jetzt der Kanalanschluss weniger Schwierigkeit ausgeführt werden, und das ist der Abschluß resp. Einführung schon weit.

Der neugegründete Arbeitsnachweis in **Stibbe & Hei** hat seine Bude bereits wieder zugemietet. Der Herr **Selbstred** ist Fischermeister, steht wieder an der Hobelbank. Der ganz **Arbeitsnachweis** war aber auch nicht mehr wert, wie dem Drufus Überantworter zu werden. Der § 1 der **Geschäftsordnung** bestimmt freilich, daß den lange Jahre in **Stibbe & Hei** umliegenden **Belegschaften** oder **angestellten Arbeitern** in erster Linie **Arbeit nachzuweisen** sei. Das war ja ganz neit gebadigt! In den rauhen **Wirtschaft** würde es **jetzt** anders aussehen. Nach § 8 Abs. 2 steht es dem **Arbeitsgebern** frei, von den ihnen nach **Arbeitsnachweis** zugesandten **Gestellern** und **Arbeitern** nur diejenigen einzustellen, die ihnen am meisten aufgefallen. (1) Der § 8 bestimmt: Wenn ein **Arbeitsgeber** Arbeitnehmer dieselbe oder nicht rechtliche **ansetzen** hat, so schlägt er noch

versucht worden, die Frauen der Abgeriebenen dafür zu gewinnen, daß sie ihre Männer beeinflussen, zurückzufallen. Auch die Poltere haben die ganze Umgegend bearbeitet, um Männer zu bekommen. Nichts will frönen! Nur nun die Unternehmer nicht ganz in der Patsche stehen zu lassen, arbeiten die Poltere in Kolonien von 5-6 Mann zusammen, um immer erst das Notwendigste zuerst zu erledigen. Wenns drängt, werden auch noch einige Überstunden geleistet. Die Lehrlinge werden bis zum därferten geschubst, um ja nur der Siebe des Unternehmertums verdorftet zu sein. Wenn hierin die Poltervereinigung die Lösung ihrer Aufgaben erblickt, so darf man wohl mit recht sagen: *Bril, Leufel!*

In Nienburg, wo unsere Kollegen seit dem 9. April wegen des Zimmerfeuers ausgesperrt sind, findet Mittwoch den 4. Juli, auf Veranlassung des Herrn Bürgermeisters eine Verhandlung statt. Wenn die Unternehmer ernstlich den Frieden wollen, dürste sich ein Weg zur Einigung wohl finden lassen.

In Gronau fand am 26. Junt abernals eine Verbands-
lung statt. Die Unternehmer erklärten abernals, mehr als
85 % nicht zahlen zu können. Nun war dort vor einiger Zeit
eine Submission über Herstellung eines Balstins aus einer Wasser-
leitung ausgeschrieben. Hierfür verlangte Kinderbauer-Ges.
M. 4200, Lichtenberg-Gronau M. 3106, Hinze-Benthe M. 2600.
Schäfer-Benthe M. 2200. Schröder ist nun der Glückliche, der
die Arbeit ausführen darf! Dass nun ein solcher Preis keine
Erhöhung des Lohnes vertragen kann, versteht sich am Rande.
Unsere Kollegen in Gronau haben jetzt das Wort.

Gau Bremen. In Bremen sind die Lehmann und Konferten wieder beim Gifftmischen. Seit Pfingsten sind dort die Klempner im Streit. Mit diesem Streit beschäftigte sich eine Versammlung des "Vereins bremischer Baugewerksmeister" über die glücklicherweise ein Bericht herausgekommen ist. Selbstverständlich führte auch Lehmann hier das große Wort. Er sagte u. a.: Man solle einen Arbeitswillingen hüten, wie seinen Augapfel, denn Maurer usw. seien zu erlegen, aber ein arbeitswillinger Klempner sei nicht zu erlegen. Wir müssen dann soviel wie möglich Leute entlassen, weil die Streitenden lediglich vor unserem eigenen Geld unterstellt werden, und auf diese Art einen Druck auf die Streitenden auszuüben.

Die Beschlüsse nahm dann ohne Abstimmung folgende
Anträge an: 1. Die Bauarbeiter sofort zu entlassen, die einen
Klempnermeister oder Arbeitswilligen auf einem Bau beschäftigen
falls der betreffende Unternehmer es nicht tut, den Betreffenden
sollte in der Zeitung zu benennen. 2. Dass die Meister sich
schnell wie möglich alle nur irgend ein befreit
Leute entlassen, und zwar nicht nur Mauer-
sonder färmliche Bauhänder, mit der Aus-
rede: Ja, wenn die Klempner nicht freikämen, brauchte ich Sie nicht
zu entlassen. 3. Auf keinen Fall zu dulden, dass die Arbeiter
allgemein forschreiben, damit nach Beendigung des Klempner-
streiks die Meister mit Arbeiten nicht überhäuft sind. 4. Alle
Meister verpflichten sich, den entstehenden Schäden gemein-
schaftlich zu tragen, die Klempnermeister zu unterstützen, dann
diese ihren Taxis durchdrücken, und das unter keinen Umständen
der Mhauß des neuen Vertrages den 31. Dezember 1908 über-

der Ablauf des neuen Vertrages den 31. Dezember 1905 weiter schreiten darf. 1908 sollen sämtliche Verträge der Bauhandwerker ablaufen.

Danach scheinen es diese Leute wieder auf einen Konflikt mit den Arbeiterorganisationen abgesehen zu haben. Die hier gefassten Beschlüsse müssen festgehalten werden, um spätere Legendenbildung zu verhindern. Denn wenn die Unternehmer einen solchen Beschluss, wie den unter Nr. 2 festen und durchführbar ist, so ist das eine Verletzung des Vertrages, die um so schärfer ist, als man ihr einen harmlosen Charakter geben will. Nach alleben werden sich die bremischen Bauarbeiter ernsthaft mit der Frage beschäftigen müssen, ob eine solche Gesellschaft überhaupt noch bindungsfähig ist.

Gau Hamburg. In Cuxhaven haben am 25. Ju-
von 123 in Beschäftigung stehenden Kollegen 95 die Arbeit
eingestellt, weil die Unternehmer die Lohnforderung, über-
bie in der letzten Nummer des "Grundstein" berichtet ist,
nicht bewilligen wollten. Von den Streikenden haben gleich
am ersten Streittag 58 Kollegen Cuxhaven verlassen. Die
Weiterbeschäftigung ist hier gut. Wenn die Kollegen nicht
wandelmaßig werden und der Zugang streng gehalten
wird, wird es keine weiteren Verluste geben.

Wird, müssen die Unternehmer recht bald nachgeben. In Hamburg haben die Bauhülfearbeiter einen partiiell Streik beschlossen. Seit dem 28. Juni sind bei verschiedenen Unternehmen Baupreisen verhangt, wodurch eine größere Zahl unserer Kollegen in Mitleidenschaft gezogen ist. Die Urteile dieses partiiellen Streiks ist die Weigerung der Firma, mit den ungelernten Arbeitern die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Vereinbarung festzulegen. Der Dinkel dummert und Konföriert läßt es nicht zu, mit den Hülfearbeitern zu handeln. Sie hatten es ebenfalls für würdiger, wenn sie durch den Lohnaufzug die Bedingungen diffiziert werden, und das wird den Bauhülfearbeitern bei der guten Konjunktur gelingen. Jeder hat das Recht, sich so gut zu blamieren wie er es kann, das gilt auch für die Herren Dummert & Co. Solange dieser Lohnaufzug der Bauhülfearbeiter nicht endet, werden unsere treulichen Kollegen im eigenen Interesse handeln, wenn sie Hamburg fernbleiben.

In Elneburg haben die Bauhüttsarbeiter Sonnabend, 1. Juli, beschlossen, Montag, den 2. Juli, einen partiell Streik zu unternehmen, um die von den Unternehmen abgelehrte Lohnforderung zur Durchführung zu bringen. Vorausichtlich wird der Streik einen größeren Umfang annehmen und unser Kollegen werden in Mitteldeutschland gezogen werden. Baut nach Elneburg ist fernzuhalten.

Der Zweigverein Münster in Bremenburg hatte den Unternehmern eine Lohnforderung unterbreitet, nach der der Stundenlohn für dieses Jahr von 37,5 & auf 45 & und ab 1. Januar auf 50 & erhöht werden soll. Diese Forderung ist von den Unternehmern abgelehnt worden. Am 30. Juni wurde in einer gut besuchten Mitgliedserversammlung beschlossen, noch einmal mit den Unternehmern durch die Lohnkommission Rücksprache zu nehmen und bei einer ablehnenden Haltung der Unternehmer am 9. Juli die Arbeit einzufallen.

Firma Auerle nicht gewillt ist, unserer Vertrag, der von allen übrigen Firmen anerkannt und umgehalten wird, auch anzuerkennen. Der Herr Auerle lehnt es mit der Begründung ab, daß er das Plattengeschäft nur nebenbei betreibe und es infolgedessen nicht nötig habe, sich von uns irgend welche Vorleistungen machen zu lassen. Da nun aber in Nürnberg alle Fleischleger organisiert sind und auch Herr Auerle gewillt ist unter bestimmten Bedingungen als für den Vertrag eingetragen zu arbeiten, so wurde beschlossen, über das Geschäft die Sperre zu verhängen.

Der Kampf in Wien — beendet.

Der grandiose Kampf im Wiener Baugewerbe, der solle sieben Wochen dauerte, wurde am 30. Juni beendet. Am Montag, den 2. Juli, erfolgte die Aufnahme der Arbeit auf der ganzen Linie. Die Maurer und alle Arbeiter des Baugewerbes können mit dem erzielten Erfolge vollaus zufrieden sein. Die Maurer hatten vor Ausbruch des Kampfes einen Stundenlohn von 45 Heller, der geschlossene Vertrag garantiert ihnen einen Stundenlohn vom 2. Juli bis 31. Dezember 1906 von 50 Heller; vom 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1908 einen Stundenlohn von 54 Heller, vom 1. Januar 1909 bis 30. April deselben Jahres einen Stundenlohn von 58 Heller. Überstunden werden um 10 p.M. besser entlohnt. Am Juli 1908 treten beide Organisationen zusammen, um die Arbeits- und Lohnbedingungen für die Jahre 1909 und 1910 festzulegen. Der Erfolg, der in materieller Beziehung errungen wurde, ist ganz bedeutend; er ist um so höher anzuschlagen, als die Unternehmer noch am Montag, den 25. Juni, erklärten, unter keinen Umständen für das Jahr 1908 auch nur einen Heller über die 45 Heller zu benötigen. Die Herren sind also ganz bald von ihren Grundfestsätzen abgegangen. Aber nicht nur der materielle Erfolg ist sehr erfreulich, der moralische Erfolg ist noch viel größer. Die Unternehmer sind mit der Parole in den Kampf gegangen, die Organisation der Bauarbeiter zu vernichten. Und das Ende haben? Sie haben im Vertrage, der am 30. Juni in der nieberösterreichischen Stadthalle geschlossen wurde, die Organisation, die sie mit Stumpf und Stiel auszutöten wollten, für sie bestellt und damit anerkannt. Vorwommende Streitigkeiten auf den Arbeitsstellen werden von legitimierten Vertretern der Bauarbeiterorganisation, die derzeit erstmals tritt auf und den Bauarbeiten haben, und mit hierzu bestimmten Unternehmern gefüchtet. Gelingt das nicht, so tritt ein Schiedsgericht, bestehend aus je drei Vertretern der Organisation der Bauarbeiter und drei Vertretern der Organisation der Unternehmer unter dem Voritz eines technischen Beamten der Stadthalle zusammen, dessen Schiedsentscheid wird beide Parteien zu fügen haben. Den Organen der Bauarbeiterorganisation — den Titel „Vertrauensmann“ können die Unternehmer nicht vertragen — wird auf den Baustellen nichts in den Weg gelegt, nur offiziell anerkannt sind sie nicht, was in der Praxis wenig für uns bedeutet. Die Unternehmer wollten nicht nur keine Lohnabschaffung für dieses Jahr zugeben, und verlangten bedingungslos die Aufnahme der Arbeit, sondern auch die Organisation der Bauarbeiter in den Grund bohren. Instatt dessen müssen sie für das heutige Jahr 5 Heller pro Stunde zuliegen, für das Jahr 1907 den von den Maurern geforderten Lohn, ja bewilligen und die Organisation anerkannt. Die Unternehmer sind daher mit ihrem Plan gründlich hineingeraten.

Ein großer Kampf, wie ihn Österreich bisher noch nicht hatte, ist erfolgreich abgeschlossen. Er wurde mit Ruhe und Ernst geführt, wie es nur gut organisierte Arbeiter vermögen. Diese Anerkennung konnten uns nicht einmal die Vertreter der Regierung und der Behörden verleihen. Von großer Bedeutung ist, daß die Vertreter der Arbeiter und Unternehmer schon Mitte des Jahres 1908 zusammentraten und die Grundlagen für einen weiteren Vertrag vorbereiteten. Das läßt erkennen, daß es die Unternehmer vorläufig hatten, mit den Maurern wieder ernsthaft auszubringen. Die Maurer Wiens freuen sich ihres Erfolges und werden selbstredend weiter mit aller Kraft dahn treiben, daß uns die Zeit wieder entsprechend gerüstet findet, wenn es abermals gilt, in den Kampf eintreten zu müssen. Der Kampf war hart und schwer, aber er wurde in Ehren bestanden, und dieser Umstand wird unserem Verband sicherlich einen großen Aufschwung bringen.

Maurerkämme in der Schweiz

Die Lebhaftigkeit der Lohnbewegungen in der Schweiz hält ungeschwägt an, und zwar im Maurergewerbe wie in allen Industrien und Gewerben im allgemeinen. Im Vorgrunde des Interesses steht der Kampf in Lausanne, weil sich dort ein auffälligererregendes Ereignis abspielte, das natürlich sofort den Arbeitern in die Schüre geschoben wurde. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni kam an einem dortigen Neubau ein Dynamitattentat vor, über das folgendes berichtet wurde: „In der Nacht vom Montag auf Dienstag wurde vermittelt Dynamit das große Gebäude in die Luft gesprengt, das die Architekten und Unternehmer Bragazola, Vater und Sohn, am Quai von Ouchy erstellt hatten. Die Explosionsstoff wurde so gelagert, daß der größte Teil des Gebäudes einstürzte. Der Schaden ist beträchtlich. Der Vater Bragazola ist Prääsident des schweizerischen Baumeisterverbands.“ Die bürgerliche Presse demumtete sofort die „extreme Presse“, womit wohl die sozialdemokratische Presse gemeint war, daß sie Bragazola seit langer Zeit heftig angegriffen und der „Märde der Arbeiter“ empfohlen habe. Das war natürlich eine feige Perfidie, denn angeblich der großen Lüge, die die verleumderische Bevölkerung da stellte, hätten sich die kapitalistischen Verleumder wohl weislich ein bestimmtes Blatt zu nennen. Diese Perfidie aber war offenbar einer der Ursachen mit, daß die Arbeiter am Tage darauf in den Streit traten. Mit 889 gegen 200 Stimmen wurde in einer Versammlung von Maurern und Arbeitern und Gräbarbeitern vom Dienstag Abend die Schloßung, in den Streit einzutreten. Die Gesamtzahl dieser Arbeiterschaft in Lausanne schätzt die „Kebue“ auf 2000. Neben raschend kam dieser Besluß nicht, „dein seit Monaten“ wurden,“ bemerkt das gesammte Blatt, „die Leute durch die Anarchisten und Gewerkschaftspresse fanatisiert. Die kleine Gruppe der schweizerischen Arbeiter ist, als sie jüngst eine annehmbare Vertrags mit den Meistern abschloß, gerade als Verräter hingestellt worden. Die Streitenden sind also auswärts.“ Zur Zeit hörten die Maurer bei zehn Minuten die Uhr läuten. Zur Zeit hörten die Maurer bei zehn Minuten die Uhr läuten.

Straubing 2000 B à 40, 400 K à 10. Söderloch 25 E à 50.
 Spanbau 800 B à 60, 4 E à 300. Söhringsdorf 800 B à 80.
 Sömmersdorf 600 B à 35. Straßburg i. T. 2000 B à 55.
 Schmiedingen 400 B à 50, 100 B à 45, 26 E à 50, 50 A à 25.
 Schönburg 800 B à 50. Stralsund 600 L à 10. Schwerin a. B. 28.
 Schönburg 80 A à 35. Simsdorf 20 E à 50. Schönberg i. B.
 100 B à 60. Schleiß 1000 B à 30, 5 E à 150. Sandow
 200 B à 35, 50 A à 25. Schwerin i. M. 200 B à 30.
 Schwerin 600 B à 35. St. Johann 600 E à 50, 100 A à 25.
 Schütze 500 B à 30. Senftenburg 400 B à 30.
 Leuchten 25 E à 50, 1200 B à 40. Treuen 500 B à 35,
 25 A à 25. Tiefurt 200 B à 30, 30 E à 50. Traubenberg
 100 B. Trennfeld 1000 B à 35, 100 A à 25.
 Lünen 800 B à 45, 10 E à 50, 5 E à 150. Wegefarf 200 B
 à 60. Wilslebendorf 200 B à 35.
 Welschen 100 A à 25. Wilhelmshafen 100 E à 50.
 Werden 200 B à 60, 200 B à 55, 20 E à 50. Weißenseis
 2000 B à 45. Wronke 4 E à 150, 50 A à 25. Waren 800 B à 40. Westerholz 400 B à 55. Wismar 600 B à 45. Wiet
 200 B à 45, 20 E à 50. Wülfersdorf 100 B à 60, 10 E à 50.
 Wolgast 600 B à 35. Wusterhausen 400 B à 40. Witten
 burg 800 B à 30. Wittershausen 300 B à 30. Wittmund
 400 B à 40, 200 K à 10.
 Brüg 2000 B à 40 A, 50 E à 50. Zwiedau 50 E à 50.
 Behden 25 B à 45. Zwienau 1200 B à 45.

Vom Verbandsvorstande bestätigt sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder aller Zweigvereine, die in der vorigen Woche das Wahlprotokoll eingesandt haben.

Als verloren gemeldet sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Emil Kieß-Hohenlohe (Verb.-Nr. 278 205), Albert Segel-Cöln (186 595), Franz Frings-Cöln (216 699), Jacob Schmidt-Cöln (147 556), Franz Radke-Berlin (3) (9926), Franz Strauß-Wühl-Overhausen (289 569), Joh. Meinhold-Hof a. d. S. (325 041), Joh. Seing-Strakburg i. Els. (376 864), Franz Hubert-Schüll (158 759), Gust. Knecht-Konstanz (235 584), Herm. Müller-Dresden (18 778), Herm. Jäfel-Breslau (179 650), Adolf Kürig-Wüllberg (288 246), Ernst Potted-Berlin (280 938), Joh. Hofmann-Kirberg (70 620), Ludw. Stein-Wiesbaden (48 088), Franz Lamperl-Stuttgart (47 804), Mein. Bode-Böhm (299 283), Wilh. Dehme-Liebenwalde (124 951), Georg Schneiders-Möhl (117 079), Chr. Schott-Stuttgart (47 450), Philipp Lorenz-Biswak (258 888), Heinr. Zimmermann-Weimar (236 669), Chr. Krieger-Bremen (186 436), Habbe Kubus-Dortmund (155 820), Herm. Siebel-Dortmund (289 593), Heinr. Meinhardt-Cassel (130 858), Heinr. Kierst-Mührtort (813 114), Karl Wall-Meldeberg (295 032), Hugo Schuster-Sonneberg (289 376), Karl A. Halt-Singen (278 623).

Ausgeschlossen sind auf Grund § 37 b des Status von
Bweigern Mühberg & Lichtenberg; Robert Schäffig
(Bew.-Nr. 288 182), Karl Gießhorn (283 109); Pollychen
Otto Schleife (114 666); Alt-Gleisnitz; Friedrich Steiner
(60 685); Gaberberg; Karl Förster (215 754); Adolf Wlontz
(215 764); Göppingen; Walther Südel (355 827),
Franz Süß (394 010); Übermeiler; Heinrich Kneiss
(288 884); Josef Nietgen (288 891); Frankfurt a. M.-
Bangen; Ludwig Dröll (191 391); Berlin-Cha-
lottenburg; Paul Meischäfle (122 237); Hameln; Louis
Mausbardi (76 878).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rücksichtiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, werden vom Zweigverein Elbing: Walter Maußel (Verbands-Bd. 66 641), Hermann Seefeld (66 674); von Wenberg i. S.: Karl Ruttmann (79 412), am 11. August 1882 zu Preßlau. Kollegen, denen der Aufenthalt der genannten bekannt ist, ersuchen wir, dem betreffenden Zweigverein oder uns Mittteilung zu machen. Der Verbandsvorstand.

**Abrechnung
des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands**

für das erste Quartal 1906.

Ginnasium in den Zweigvereinen.

| | | |
|-----------------------------------------------------------------|----|-----------|
| Som. 4. Quartal 1905 am Orte verbliebene Haupt- fassengelder | M. | 5028,60 |
| Eintrittsgelder | h | 10177,50 |
| Wöchentliche Beiträge | " | 301714,76 |
| Sonstige Einnahmen für die Hauptkasse | " | 652,24 |
| zufluss aus der Hauptkasse: | | |
| a) Meßabgabe, Gewinnabgabe, Miete | | |

| | | |
|------------------------------------------------------------------------------------------|---|-----------|
| a) Nachtschutz, Gemahrtregelten-, Reise-, Kranken- und Sterbehilfeunterstützung | " | 8795,28 |
| b) Streifz und Pausperren | " | 145575,96 |

Ausgabe in den Zweigvereinen.

| | |
|-----------------------------------------------------------------|--------------|
| An die Hauptfeste eingeladen | M. 164397,33 |
| Für Streits- und Bauverrent | 159547,15 |
| Reiseunterstützung im Winter | 9006,55 |
| Reiseunterstützung an Streitende | 364,- |
| Rechtsfrage | 16312,08 |
| Gemahrgeldunterstützung | 4111,42 |
| Unterstützung in Strafmaßnahmen am Mitglieder | 22882,20 |
| Unterstützung in Sterbefällen am Mitglieder und deren Frauen | 14652,50 |
| Anteil der Zweigvereine an den Beiträgen und Eintrittsgelben | 74901,47 |
| Hauptfestgelände an Orte behalten | 5571,80 |
| Verluste in den Zweigvereinen | 267,72 |

Summa in den Beitragszetteln " 261,12
Summa... M. 471944,29

Einnahme in der Saupflege

| | | |
|----------------------------------------------------|----|-----------|
| Kassenbestand vom 31. Dezember 1905 | M. | 18251,70 |
| Von Einzelmitgliedern bei der Hauptfasse | | 32,50 |
| Von den Zweigvereinen an die Hauptfasse eingefandt | " | 164327,83 |
| Von hingehender Streitunterstützung zurükgeliefert | " | 201,18 |
| Bürdezugogene Kapitalien | " | 102500,- |

| Ausgabe in der Hauptstadt. | |
|------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| Für das Fachorgan „Der Grundstein“ | M. 50006,20 |
| „ die Zeitung „L’Operario Italiano“ | 845,55 |
| „ „ Oswiata“ | 473,08 |
| „ Agitation: a) an die Gewerkschäfte | 24264,99 |
| „ b) für sonstige Agitation | 784,05 |
| „ eine Konferenz der Gewerkschaften in Hamburg | 1510,90 |
| „ Delegation zu mehreren Konferenzen | 155,90 |
| „ Aufenthalt in Zweigvereine: | |
| a) Rechtsabteilung, Gewerkegelehrten, Kranken, Sieber und Reiseunterstützung | 8795,23 |
| b) Kreisitz und Bauspuren | 145575,96 |
| verschiedene Reisen zwecks Streitkonzilie | 1348,48 |
| Rechtsabteilung für den Vorstand | 16,50 |
| Quartalsbeitrag an die Generalkommision der Gewerkschaften Deutschlands pro | |
| 4. Quartal 1905 | 6377,16 |
| 830 000 Flugblätter | 4803,50 |
| 2500 Bücher „Arbeit und Kultur“ | 293,55 |
| 7000 Mitgliedsblätter „Italiere“ | 525, |
| 100 Berichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung | 70, |
| 100 Protokolle vom 5. Gewerkschaftskongress | 50, |
| 100 Anleitungen zum Vereins- und Veranlassungsberecht | 22, |
| eine neue Schreibmaschine | 368, |
| sozialistische Verwaltung: | |
| a) Mitgliedsbücher | 1326,80 |
| b) Mitgliederbergehrnisse | 189,60 |
| c) Gültigkeitsberechtiger | 400, |
| d) Streitmaterial | 1629, |
| e) Aufnahmehilfe | 875, |
| f) Zahlbücher | 180, |
| g) Druckarbeiten für Krankenunterstützung | 136, |
| h) Adressbergehrnisse | 327, |
| i) Einbandbeden für den „Grundstein“ usw. | 122,50 |
| k) statistische Abzüge | 93, |
| l) sonstige Druckarbeiten | 800, |
| m) sonstige Buchdruckarbeiten | 146,80 |
| n) 24'500 Auflistungsmärkte | 1390, |
| o) Schreibmaterial | 55,30 |
| p) Stempel und Zubehör | 887,65 |
| q) Bureaureinigung, Heizung und Beleuchtung | 786,84 |
| r) Bureaumöbel | 118,95 |
| s) Zeitungssubskription und Bringerlohn | 29,92 |
| t) Porto: | |
| 441 Pakete | M. 221,10 |
| 4090 Kreuzbandsendungen | 324,96 |
| Briefporto, Telegramme u. | |
| Geldsendungen | 587,55 |
| Postfeldgeld | 101,70 |
| persönliche Verwaltung: | |
| a) Beamtengehalte | 5855, |
| b) Ausflüsse im Bureau | 1473,40 |
| c) Versicherung des Vorstandes | 116,48 |

| | |
|------------------------------------------|--------------|
| personale Verwaltung: | |
| a) Beamtengehalte | 5855,- |
| b) Ausflüsse im Bureau | 1473,40 |
| c) Versicherung des Vorstandes | 116,46 |
| d) Sitzungen außerhalb des Bureaus | 9,75 |
| e) Revision | 53,62 |
| Per Bank belegt | 11869,55 |
| Summa | M. 274741,47 |

| Bilanz. | | Summe... M. 274741,97 |
|------------------|---------|-----------------------|
| Einnahme..... | | M. 280812,71 |
| Ausgabe..... | | " 274741,47 |
| Kassenbestand M. | 5571,24 | |

2000

Berichte.
(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorlesungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagabenden für die laufende Ausgabe freigegeben werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags Vormittags in unseren Bändern sind.

Bochum. Unser Anton hat sich ein neues Vorbeereis um sein liebliches Haupt gebunden. Unser Anton, sagen wir mit stolzer Betonung. Welche Stadt im deutschen Vaterlande dürfte sich rühmen, ein ähnliches Muster-exemplar ihr eigen zu nennen? Unser Anton ist einzig in seiner Art. nämlich unser Anton *ist* sie, wie wir, um Verwechslungen vorzubeugen, gleich erläutern wollen. Er ist ein außert bießterfester Mensch. Einmal war er beim Maurerstreit in Bochum arbeitswillig, dann ward er plötzlich genötigt, das er ein fürchterlich sensibles religiöses Gefühl habe, darauf organisierte er sich „christlich“. Als ehemaliger Arbeitswilliger mußte er natürlich bald Beamter im kirchlichen Verbande werden. Jetzt war er erst in seinem richtigen Fabrikarbeiter. Sein gemaltes Geist beschäftigte sich bald mit den größten Problemen unserer Zeit. Die Lösung der sozialen Frage war ihm ein Kinderspiel, die Darwinische Entwicklungstheorie platter Schwundel. Anton freute alle Vertreter dieses neuzeitlichen götteslästerlichen Humbusks elegant in den Sano. Er redet, und wie kontingenzt sieben ihm die Worte, gleichsam herlückte Proben des Menschengeistes, von seinem gebendebeten Munde. Heil unserer Vaterstadt Bochum, die solche Leuchte unseres Zeitalters ihr eigen nennen darf!

den Genossen Stöche, Bauhülfearbeiter in Bochum, folgenden Brief:

Ich läde Sie hiermit zu der am Samstag dem 80. Juni 1906 Abends 8½ Uhr stattfindene, öffentliche, Mauer und Bauhülfearbeiter Versammlung ein. Diese findet im großen Saale des Gewerbeschaffhauses statt. Es handelt sich um Ihre erfundene Verlümbeckerische Schmuss-Agitation, welche Sie in der letzten Zeit durch Schrift und Wort, gegen uns betrieben haben. Es zulässt sich kaum eine

Seine geistige Hochachtungsvoll.
S. A. A. Meiss.
Noche hat ihm durchs „Völksblatt“ folgende offene Anfrage zugehen lassen:

Herrn Anton Meise, hier.
Antwortlich ihres Einschreibebrieves vom heutigen

teile ich Ihnen höflichst mit, daß ich für nächsten Samstag von meiner Organisation in Verleih genommen bin und darum Ihre freundlichen Einladung nicht folge kann. Ich würde auch, wenn ich Zeit hätte, es ablehnen müssen, Ihre Versammlung interessant zu machen. Nachdem Ihre Einladungsschreiben zu schicken, werden Sie dort alle Register ziehen, die Ihnen die M. Gladbach Kaplanoратie gegen die freien Gewerkschaften eingeprägt hat. Ich sehe Ihnen Gedankenreize schon auswendig und es bedarf bei mir keiner Auffrischung. Auch wissen Sie ja, daß Sie sich in der "Weiß. Polizei," selbst der Streitkrug und der Polizeigeisterei beschäftigt haben, und da Sie früher einmal dem freien Maurerberbande angehört haben, werden Sie aus jener Zeit her noch so viele guten Sinnen zurück behalten haben, um sich erklären zu können, welch physisches Unbehagen einen freigewerkschaftler befallen muß, sobald er mit Ihnen persönlich in Verleih treten soll. Danzen Sie es der gütigen Frau Mutter Natur, die mir eine gute Portion Humor mit auf den Lebensweg gab, wenn ich Sie das Werk der Ihnen gebührenden Achtung nicht fühlen lasse, wo ich gehörig genervtmaßen mit Ihnen in persönlichem Verleih trete. Schimpfen Sie also ähnlich nächsten Samstag soviel als zu Ihrer inneren Befriedigung notwendig ist. Derweil verbleibe ich Ihnen

Carl Rothe,
ab 29. Juni: Wiemelhäuserstr. 88, links, "Sachsenburg".
Unser inniges Beileid, Freund Anton!

Breslau. Am 15. Juni tagte hier im Gewerkschaftshause eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Kollege Wiedermann berichtete über die Stellung des Arbeitgeberbundes zu dem Beschluss unserer letzten Mitgliederversammlung. Das Resultat der Versammlung vom 7. Juni ist am 8. Juni dem Vorstand des Arbeitgeberbundes unterbreitet worden und hat der selbe erklärt, noch kompetent zu sein, weitere Bürgschaften machen zu können. Die Generalversammlung des Bundes hat sich auf denselben Standpunkt gesetzt und beschlossen, wenn unseiterseits gegen einzelne Unternehmer mit Baupreisen vorgegangen würde, familiäre Mauern auszupflanzen. Eine am Donnerstag, den 14. Juni abgehaltene Beratungsversammlung hat zu dem Beschluss des Bundes Stellung genommen und beschlossen, der Versammlung den Vorschlag zu unterbreiten, dass Gewerbege richt als Einigungskant. anzurufen. Kollege Wiedermann empfiehlt die Annahme dieses Vorschlags. Die Stimmung im Verlauf der Diskussion war gegen den Vorschlag gerichtet. Es wurde angeführt, dass die Kollegen schon nachgiebig genug gewesen wären; ein weiteres Nachgeben würde der Würde der Organisation nicht entsprechen. Die Kollegen Möller und Silberhundt traten für den Vorschlag, das Gewerbege richt anzurufen, ein und warnen vor unüberlegten Schritten; man sollte in solchen Fällen nicht das Gefühl, sondern den Verstand sprechen lassen. Die Abstimmung wurde per Stimmgang vorgenommen. Das Resultat war, dass mit 847 gegen 615 Stimmen beschlossen wurde, das Gewerbege richt als Einigungskant anzurufen. Unter dem löslichen Hoc am den Generalverband wurde die starke be jüchte Versammlung gelösslossen.

— Am 27. Juni tagte hier in der „Wilhelmshöh“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Kollege Albera richtete über die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht Sonnabend, den 16. Juni, haben die drei Korporationen das Gewerbegericht als Einstigungsamt angerufen und Freitag, den 22. Juni, haben die Verhandlungen stattgefunden, zu denen der Vorstand des Arbeitgeberverbundes und die Vertreter der drei Korporationen, Maurer, Glazierer und Baubüroarbeiter, erschienen waren. Im wesentlichen handelte es sich nur noch um einzelne Punkte. Befreis. der Junggesellenhöhe ist vereinbart worden, daß der Sohn im ersten Gesellenjahr bis zu 7½ weniger als der Einheitslohn betragen könne. Bezuglich Einstigungsabzug bei Laufzeit bei Überarbeitszeit wurde vereinbart, daß in der Regel eine halbe Stunde Baupausa zu berechnet sei. Würde aber zur Erreichung der einserierten Arbeitsstelle die Stadt durchqueren werden, so wird eine ganze Baupausdauer verübt. Die Agitationsslausel ist geändert worden. Sie hat die Form des Münchener Vertrages erhalten und lautet: „Siegliche Agitation auf der Arbeitsstelle während der Arbeitszeit unterbleibt. (Bauen sind als Arbeitszeit nicht zu betrachten.)“ Maßregelungen wegen Beteiligung oder Nichtbeteiligung an der Lohnbewegung oder wegen Zugeständnis oder Nichtzugeständnis zu einer Organisation dürfen weder von Arbeitgebern gegen Arbeiter noch von Arbeitern gegen Arbeitgeber oder Mitarbeiter stattfinden. Ferner wurde erklärt, daß die Aufnahme einer Beleidigung wegen Anbringen von Plakaten in der Tarif nicht nötig sei, da dies in der Zukunft unterbleiben solle und Kollege Silberschmidt gab die bindende Erklärung ab, daß in den Baubüros angebrachten Plakate zurückgezogen und andere Plakate nicht mehr angebracht werden würden. Auf Wunsch der Unternehmer erklärte Kollege Silberschmidt ferner, daß es für Mitglieder des Centralverbandes unzulässig sei, die Entlassung von Maurern deshalb zu verlangen, weil sie einer anderen oder gar keiner Organisation angehören und Sperren wegen Besitztätigung solcher zu verbieten. In der Montag, den 26. Juni, abgehaltenen Generalversammlung des Bundes sind diese vor dem Gewerbegericht zu Prototyp gegebenen Erklärungen im vollen Umfange angenommen worden. Kol. Wiederg. empfahl die Annahme des Vertrages, da die Agitationsslausel, die Aufschluß bei den Kollegen habe, geändert werden. Die Worte Boykott, Terrorismus sowie Belästigung daraus entfallen und der Baujus nun unanfechtbar sei. Wenn der Tarif Annahme finde, so würde der erhöhte Sohn Sonnabend, den

22. Juni, gezahlt werden, der bis zum 1. März 1907 auf 52 ♂ bei zehnständiger Arbeitszeit und von da ab bis 1. April 1908 auf 55 ♂ bei neunzehnständiger Arbeitszeit. Nach langerer Diskussion wurde der Tarif gegen drei Stimmen angenommen. Hierauf wurde die stark besuchte Verhandlung mit dem üblichen Hoch auf den Zentralverband geschlossen.

Krieg. Von 18. bis 24. Juni dieses Jahres konnte zum ersten Mal eine Statistik über den ganzen Land- und Stadtkreis Brieg aufgenommen werden, haben wir doch dieses Jahr im Landkreis durch partikulären Streit, dieselben Lohn- und Arbeitsbedingungen geschaffen, wie in der Stadt. Früher schwankten die Löhne zwischen 10 und 12 ♂ die Stunde, auch die Arbeitszeit war um 1-1½ Stunden länger als im Stadtkreis. Die Statistik zeigt dieses Bild: Im Stadtkreis Brieg waren 11 Neubauten, 14 Umbauten, 42 Schornwerksarbeiten und ein größerer Bahnhofsumbau vorhanden. Soweit zu ermitteln war, arbeiteten bei 9 Unternehmern 17 Maurer, 186 Gesellen und 58 Lehrlinge. Am Stundenlohn erhielten 4 Maurer 33 ♂, 8 34 ♂, 151 35 ♂, 16 36 ♂, 4 37 ♂, 3 40 ♂ und 4 40 ♂. Diejenigen, die keine 35 ♂ erhielten, waren junge oder alte Gesellen; die, die 60 ♂ erhielten, waren in einer Fabrik beschäftigt. Organisiert waren davon 181 Männer. Aufstellungsgröße ist die Zahl der Lehrlinge. An der Spitze steht der Maurermeister Mühlbauer mit 16 Lehrlingen bei 45 Gesellten. Baububen und Aborten fehlten an einem Bau ganzlich. An drei Bauten waren Aborten, aber keine Buben. Verbandstafeln waren nur an sechs Bauten vorhanden. Die Gerüste waren schlecht. Die Kollegen werden mehr wie bisher auf die leichteren beiden Punkte ihres Augenmerks richten müssen. Im Landkreis konnten ermittelt werden: sieben Unternehmer mit 8 Neubauten, 4 Umbauten und 12 Schornwerksarbeiten; sie beschäftigten 5 Maurer, 61 Gesellen und 8 Lehrlinge. Es erhielten Lohn: 10 Maurer 30 ♂, 2 32 ♂, 7 33 ♂, 1 34 ♂ und 41 35 ♂; hier handelt es sich mehr um ältere Leute, deswegen auch in verschiedene Lohnklassen. Es waren organisiert 41. Mit den Baububen, Aborten und Verbandstafeln ist es noch schlechter bestellt als im Stadtkreis. Hoffentlich wird der jetzt abgeschlossene Vertrag mit Hälfte der Organisation auch hier noch manches Gute schaffen. In der Verhandlung vom 24. Juni wurde nach erfolgter Mitgliederauskunft der Maurer Johann Kutschmann, zur Zeit in Breslau, wegen Streitloses gegen §§ 14 und 37 des Statuts aus dem Verbande ausgeschlossen. Kollege Kramer hob in seiner zum Schluss gegebenen Übersicht hervor, daß die Lohnbewegung im Landkreis beendet sei und ein schöner Sieg errungen wurde. Es wurden erzielt: Lohnauslage von 8 bis 12 Pfennig pro Stunde, Verkürzung der Arbeitszeit um ein bis zwei Stunden, Anerkennung der Organisation. So erfreulich dieses Resultat auch sei, dürfte die Bewegung nicht wieder erlahmen. Es sei eines jeden Arbeiters Pflicht, sich ebenfalls politisch zu organisieren und die Arbeitersprese, die „Wollswacht“, zu lesen.

Wingeln. Bereits zu Beginn dieses Jahres trugen sich die hiesigen Kollegen mit der Absicht, in eine Lohnbewegung einzutreten. Da nun bei der Mehrzahl Lohnbewegung und Streit in einem Kopf gefochten werden, war es kein Wunder, daß die Unternehmer nur die notwendigsten Arbeiten in Angriff nahmen. So dauerte es denn eine geraume Weile, ehe der letzte Kollege in Arbeit treten konnte. Unterdessen war es Mitte Mai geworden, als den Unternehmern die Förderung auf 38 ♂ für diesen und 40 ♂ für nächstes Jahr unterbreitet wurde. Daraufhin hatte die Lohnkommission am 23. Mai mit den Unternehmern Sitzung. Schreiber dieses fand gar nicht begreiflich, was ein Geschäftsführer von einem Stimmehausplatze dabei zu tun hatte. Unternehmer, die selbst das Gras mächen hören, bedürfen doch wohl eines solchen Verstandes nicht. Die Unternehmer waren auch so gütig, zu sagen, wir legen 2 ♂ zu. Ein Wirklichkeit war es jedoch bloss einer. So ist denn die Unterhandlung wie an das Hornberger Schießen, und die Kollegen lehnten in der Verhandlung am 26. Mai das Angebot einstimmig ab. Darauf neues Hin- und Herschreiten. Die Unternehmer blieben auf ihrem Standpunkt stehen, und auf unserer Seite verzögerte sich die entscheidende Verhandlung infolge verdeckter Streitgefechtigung. Unterdessen fanden uns die Zimmerer zuvor und proklamierten am 10. Juni den Streit. In der Regel ist es ja Mode, daß sich Zimmerer und Bauarbeiter an dem Wagen der Maurer festhalten; aber bei uns ist es diesmal ungefähr. In unserer Verhandlung am 13. Juni konnten wir nur über die Stellungnahme zum Zimmererstreit verhandeln, die ja durch den Kärtelbertrag vorgezeichnet ist. Am 13. Juni nutzte ein Unternehmer einen Kollegen zu, Zimmerarbeiten zu verrichten, was dieser selbstverständlich ablehnte und deshalb sofort entlassen wurde. Darauf legten sämtliche am Bau beschäftigten Maurer die Arbeit nieder. Jedoch die Freude dauerte nicht lange. Am anderen Morgen wurde die Entlassung rücksigig gemacht und die verhängte Zeit bezahlt. Am 16. Juni hatten wir unsere regelmäßige Mitgliederverhandlung. Außerdem noch eingehend über unsere Taktik beraten worden war, wurde beschlossen, für die ausgesperrten Bildhauer und Steindrucker 50 ♂ aus der Lofatskasse zu bewilligen. Desgleichen wurden für die arbeitsunfähigen Kollegen Kampf und Reinoldus je 4 ♂ bewilligt. Das Geld soll laut Verhandlungsergebnis derart aufgebracht werden, daß jeder Kollege so lange zwei Kollportagemarken monatlich nimmt, bis der Vertrag gedeckt ist. Dies den Kollegen zur Mitteilung, die nicht anwesend waren, oder der Schluß der Verhandlung das Lokal verlassen hatten. Eigentlich war es schade, daß wir nicht in den Streit eintreten konnten. Wir schleppen eine Masse Ballast mit uns herum, der bei dieser Gelegenheit über Bord geworfen worden wäre. Der hiesige Polizei-Inspektor, Dr. Brüggemann ist sein Name, strebt nach höherem Ruhm. In einer Zimmererverhandlung vom 12. Juni meldete er sich als Diskussionsredner und erklärte: „Er wollte nicht, daß das gute Verhältnis, welches gegenwärtig zwischen Arbeitern und Polizei am Ort besteht, durch einen Streit getrübt würde; deshalb sei eine Verordnung erlassen worden, wonach alles missige Verhülfchen auf Straßen, Plätzen und Bahnhöfen u. u. verboten sei. Übertritten würden mit Haft geahndet. Diese Verordnung würde mit aller Strenge durchgeführt werden.“

Chemnitz. Maurer, Zimmerer, Bau-, Erd- und Betonarbeiter verhandelten sich am Sonntag Vormittag in großer Zahl im Volkshaus „Kolosseum“, um eine Bewegung für die Einführung des zehnständigen Arbeitsstages im Chemnitzer Bauwesen einzuleiten. Der Vorsteher des Deutschen Zimmerer-Verbandes, Genosse Schrader, hielt das einleitende Referat. Er legte dar, wie die moderne Wirtschaftsweise mit weitestgehender Arbeitszeit und intensiver Kräfteanspannung auch im Bau-

gewerbe Platz gegriffen hat und wie diese beiden Faktoren in der Praxis eine mörderische Vernichtung der Lebenskraft der baugewerblichen Arbeiter verursachen, die in schätzungsweise 120000 und über 100000 Unfallsäben zum Ausdruck kommt. Das Mittel der Organisation bietet allein die Möglichkeit, diesen Nebelstand zu mildern. Die Arbeiter des Baugewerbes haben es verstanden, mit Hilfe ihrer Organisationen in einer ganzen Anzahl deutscher Städte und Ortschaften ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse den gezeigten Anforderungen an ihre Leistungsfähigkeit anzupassen. So ist die ursprüngliche 18- und 12ständige Arbeitszeit in meist schweren Kampf mit dem Unternehmertum reduziert worden auf 10, 9½ und 9 Stunden. Gleichzeitig gelang es, die Löhne entsprechend den gestiegenen Unterhaltskosten zu erhöhen. Die Aussperrungsgefechte des Unternehmertums haben unvermeidliches Widerhand an den Organisationen der Arbeiter. Die Massenaussperrungen führen den Organisationen nur neue Anhänger zu und steigern die Kampffähigkeit der Gewerkschaften. Chemnitz, die 18. in ihrer Reihe der deutschen Großstädte, weist Arbeitslöhne, Arbeitszeiten auf, die es weit hinter kleinen Dörfern zurückstellen. Von sämtlichen 41 deutschen Großstädten teilen sich Chemnitz und Plauen in den Stühlen, noch eine mehr als 10ständige Arbeitszeit zu haben. Ja, in bezug auf Plauens ist Chemnitz in der Statistik der baugewerblichen Arbeiter an 206. Stelle. Wo bleibt da die Zeit für den Bauarbeiter, einmal sich am Wochenende mit seiner Familie zu unterhalten, besonders wenn durch die weiten Entferungen aus der 11. eine 18-12ständige Arbeitszeit wird? Ganz zu schweigen von der Ausübung wünschlicher Erholungspflichten seitens des Arbeiters. Geringfügig besteht die Möglichkeit, die Bedürfnisse der Familie ausreichend zu befriedigen. Jahr um Jahr wird der Bauarbeiter seine Lebensdauer gefährdet. Durch die überlange Arbeitszeit werden handig die dütigen Unfallopfer vermehrt. Die Chemnitzer Bauarbeiterchaft kann unter den obwaltenden Verhältnissen nur an eine Verbesserung dieser außergewöhnlich rückständigen Arbeitsverhältnisse gehen, wenn alle drei Berufe zu gemeinsamer Tätigkeit zusammenstehen. Mit lebhaftem Beifall wurden diese Ausführungen aufgenommen. In der Diskussion fanden die geschilderten Zustände Verständigung, ja wiederholte, kam zum Ausdruck, daß der Defekt der Chemnitzer Verhältnisse noch nicht schwer genug geschildert hatte. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige am 24. Juni im Volkshaus zu Chemnitz tagende öffentliche Verhandlung der Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter erkennt die Bedeutung und Notwendigkeit des zehnständigen Arbeitsstages für die baugewerblichen Arbeiter vollständig an. Sie ist sich in der Verurteilung der längeren Arbeitszeit einig. In Erwägung aber, daß die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit auch hier in Chemnitz nicht ohne ernstlichen Kampf mit dem organisierten Unternehmertum vor sich gehen wird, erklärt die Verhandlung, daß es unbedingt notwendig ist, daß ebenfalls drei Berufe einheitlich und gemeinsam vorgehen. Das Vorgehen eines einzelnen Berufs betrachtet sie als eine Verhinderung der Kräfte. Die Verhandlung erklärt es weiter für notwendig, daß auf allen Bauten und Arbeitsplätzen die Angehörigen aller drei Berufe gemeinsam mit und füreinander für den Anschluß der betreffenden Arbeiter an ihre Organisation wirken. Demnach nur durch die Zugehörigkeit aller baugewerblichen Arbeiter zu diesen wird es möglich sein, auch in Chemnitz den zehnständigen Tag zu erlangen.“ Der Verlauf der Verhandlung und die bedeutende Mitgliederzunahme der hiesigen baugewerblichen Arbeitervororganisation legt Zeugnis davon ab, daß es doch endlich auch in Chemnitz wenn nicht zu menschenwürdigem, so doch zu Arbeitsverhältnissen kommen wird, als einer Großstadt würdig bezeichnet werden können.

Darmstadt. In einer von 500 Männern besuchten Verhandlung, die am 18. Juni stattfand, referierte Gauvorsteher Hüttemann-Frankfurt über die Beitragsfrage. Er behandelte in kurzen Begriffen die Entwicklung des Verbandes seit dem Jahre 1891 in bezug auf die Opferwilligkeit der Kollegen einerseits und die Leistungen des Verbandes andererseits. Besonders betonte er, daß trotz der Beitragsabrechnung, welche vom Jahre 1891 bis 1906 von 15 ♂ auf 50 ♂ gestiegen sei, die Mitgliederzahl sich nicht verringerte, sondern von 12000 auf 17000 gefügt sei. Ein Beweis dafür, daß sich auch das Interesse der Mitglieder dem Verbande gegenüber steigerte; und besonders sei zu bemerken, daß sich der Wissensdurst in den genannten Jahren bei den Kollegen bemerkbar mache. Der Zweigverein Darmstadt habe deshalb auch die Pflicht, eine angemessene Bibliothek zu beschaffen, um den Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich mehr und mehr auszubilden, was auch ein Stütz Organisationsarbeit sei. Kollege Hüttemann gestaltete seine Schlussfolgerungen dahingehend, daß wir gegenwärtig in einer kritischen Zeit leben, denn die Unternehmer beantworteten fast jede Bohnforderung, die von Seiten der Arbeiter gestellt wurde, mit großer Massenaussperrung, um ihrer Phantasie Ausdruck zu verleihen; denn diese Herren glauben, dadurch die Verbandsfassaden zu schwächen, um so die Arbeiter besser unter ihre Frua zu bringen, wie es früher in Darmstadt der Fall war. Um nun den Plan der Unternehmer in voraus zu bereiten, sei es unsere Aufgabe, die Käfe in den Friedensjahren so zu stärken, daß wir Maurer dem Jahre 1908, wo der Tarif läuft, mit aller Seelenruhe entgegensehen könnten. Dies sei aber nur möglich, wenn die Verhandlung den Antrag des Ausschusses einstimmig annähme. Die rege Diskussion ergab, daß fast alle Redner die Notwendigkeit des Lofataufschlages anerkannten und empfahlen, dem Antrag zuzustimmen. Kollege Delb, der auf diesem Punkt das Schluswort hatte, erklärte, daß die Beitragsfrage keine Schraube mehr sei, sondern daß sie das Produkt der Pläne und Maßnahmen der Unternehmer in den letzten Jahren sei; denn das Auftreten ehrlicher Herren auf den Baustellen in Darmstadt zeige Kipp und klar, wo diese Herren hinaus wollen. Um aber den Herren die richtige Antwort zu geben, sei es notwendig, daß sich die Kollegen die Situation vor Augen führen und ihre Vernunft darüber entscheiden lassen, ehe es notwendig ist, daß sie die Kollegen die Situation vor Augen führen und ihre Vernunft darüber entscheiden lassen, daß zur Gedenkung und Weiterentwicklung unserer Organisation nur die Einigkeit beitragen wird. Die Abstimmung ergab, daß der Antrag des Ausschusses auf Einführung des Beitragsabrechnung von 10 ♂ vom 1. Juli 1908 ab gegen 28 Stimmen von über 500 mit brauendem Bravor angenommen wurde. Der Vorgerichtete Zeit wegen mußte der zweite Punkt, Abrechnung vom ersten Quartal 1908, aufgestellt werden. Kollege Delb behandelte noch einige geschäftliche Angelegenheiten, besonders das Bauarbeitermänner-System, indem er ausführte, daß noch sechs Baustellen,

die er auch bekannt gab, keine Bauarbeitermänner gewählt hatten, und forderte die Kollegen auf, zu veranlassen, daß die Sitzungen, die jeden ersten Montag im Monat stattfinden, von allen Bauarbeitermännern besucht würden, denn in diesem System liegt unsere Stärke und Disziplin. Mit einem brausenden Hoch auf die moderne internationale Arbeiterbewegung schloß Delb die imposante Versammlung.

Gleiwitz. Am 14. Juni fand hier eine öffentliche Maurerverhandlung statt, die trotz des schlechten Wetters gut besucht war. Kollege Baude referierte über Bauarbeiterfuß in kreisförmiger Weise. Er sonderte das Vertragen der organisierten Bauarbeiterfirma nach Verbesserung des Bauarbeiterfußes und das gleichgültige Verhalten der bösenen Bauarbeiterfirma und der Verhördien Beiträge gegenüber diesen Bestrebungen gegenüber. Am Schluß seiner Erfahrungen ermahnte er die Kollegen, sich Mann für Mann dem Verbande anzuschließen, nun auch in Oberösterreich den Stundenlohn in die Höhe zu bringen, damit die Kollegen in ihrer Familien eine bessere Lebenshaltung führen könnten und die Berufsgenossenschaft angehalten werden könne, den berunglüsten Kollegen, oder deren Angehörigen eine höhere Rente zu gewähren. Das Streben der Kollegen müßte darauf gerichtet sein, daß auch hier der Stundenlohn auf 50 ♂ erhöht werde. Auch auf die Beseitigung der Massenquartiere und Einführung besserer Unterkunftsraume für die Arbeiter müsse das Augenmerk der Kollegen gerichtet sein. In der Diskussion befand der Kärtelvorsteher Beder, daß das Verhalten der Behörden zu den Arbeiterorganisationen und empfahl zum Schluss das Abonnement auf die „Wollswacht“ an Stelle bürgerlicher Zeitungen. Nach einer Ermahnung an die Kollegen, stets für gut besuchte Versammlungen Sorge zu tragen, erfolgte mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands Schluß der Versammlung.

Hannover. Um einigermaßen geordnete Verhältnisse unter den Bauern herbeizuführen und der wilden Ackerjäger zu steuern, wurden in einer Bauernversammlung Bedingungen aufgestellt, die für die Bauern bei Übernahme von Bauarbeiten in Aurod maßgebend sein sollen. In der Mitgliedervertretung des Zweigvereins am 19. Juni wurden diese Bedingungen bekannt gegeben und akzeptiert. Sie lauten: 1. **Innenpucher**, die zur Zeit bereits Bauten angenommen haben, müssen, bevor sie zu pugeln anfangen, einen höheren Preis, mindestens aber 28 + 4 ♂ pro Quadratmeter verlangen. 2. Alle Kollegen, die gebenden, Bauten zum Innenpucher annehmen, dürfen dieses von heute an teineswegs unter 28 + 4 ♂ pro Quadratmeter tun. 3. Bauten in runder Summe annehmen, ist nicht gestattet. 4. Ferner haben auch alle Kollegen, die Bauten zum Innenpucher annehmen, die Annahme mit Angabe ihres Namens sowie dem des Meisters und der Strafe, wo sich der Bau befindet, in das im Bureau ausgelegte Buch einzutragen. 5. Beide Kategorien Bauern haben sich einen Stundenlohn von 65 ♂ auszahlen zu lassen. 6. Das Schalen darf von den Männern resp. Bauern nicht geschehen. **Fassadenpucher**: 1. Derjenige, der auf die Fassade eines Hauses referiert, hat, nachdem bei dem Unternehmer der Preis abgegeben ist, sofort dieses ins ausgelegte Buch einzutragen oder vom Vorstehenden eintragen zu lassen. 2. Jeder Fassadenpucher ist verpflichtet, bevor er beim Unternehmer einen Preis abgibt, sich erst im Bureau zu überzeugen, ob schon Preisabgaben verzeichnet sind. Wenn dieses der Fall ist, so ist es jedem gestattet, sich um die Arbeit zu bewerben, er muß aber mindestens den eingezahlten Preis fordern.

Plauen 1. W. Am 27. Juni tagte hier eine öffentliche Maurerversammlung, die von circa 170 Kollegen besucht war, mit der Lageordnung: 1. Die wirtschaftlichen Kämpfe der Gegenwart und Zukunft; 2. Diskussion; 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt hatte Kollege Schnitz das Referat übernommen. Sein Vortrag gipfelte in dem Hinweis auf die Aussperrungsstatif des Unternehmers und die daraus hervorgehende Notwendigkeit, unsere Organisation immer größer und stärker zu machen. Daß die Kollegen mit den Ausführungen des Kollegen Schnitz einverstanden waren, zeigte sich dadurch, daß man ihm am Schluß gebührend Beifall zollte. Eine Diskussion über den gebrochenen Vortrag wurde nicht bestellt und so ging man zum dritten Punkt, „Gewerkschaftliches“, über. Nachdem die mehrere Kollegen über diese und jene Misthände auf Bauten ausgesprochen hatten, kam die aufgenommene Statif zur Verleihung, die folgendes Resultat aufwies: An Unternehmer waren 69 vorhanden. Diese halten zusammen: 72 Neubauten, 6 Umbauten und 1 Reparaturarbeiten auszuführen. Bei diesen Unternehmern waren beschäftigt: 72 Poltere, 843 Gesellen (davon 198 Ausländer), 38 Lehrlinge, 811 Handarbeiter. Die Entlohnung der Gesellen ging in folgender Weise vor: 1. 2 Gesellen erhielten 43 ♂, 9 42 ♂, 6 41 ♂, 423 40 ♂, 70 39 ♂, 30 38 ♂, 8 37 ♂, 7 35 ♂, 2 34 ♂. Bei 52 Männern war der Lohn nicht abzermitteln. Es ergibt sich hieraus ein Durchschnittslohn von 39,6 ♂. Mit dem Wunsche, daß die Kollegen mehr als jahre die Arbeitserlöse abonniieren, sich der politischen Partei anzuschließen, das Gewerkschaftshaus mehr besuchen und in Zukunft Mann für Mann auf dem Posten sitzen, um bei gegebener Zeit gerichtet dazutun, wurde die Versammlung geschlossen.

Koblenz. Sonntag, den 24. Juni, fand in Neumühl eine öffentliche Maurer- und Bauarbeiterverhandlung der Zahlstelle Neumühl statt, in der Kollege Nikolaus aus Dörrnburg referierte. In einem gänzlich anderthalb Stunden Vortrage legte der Redner den Zweck, die Ziele und die Erfolge des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands dar. Der Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Nachdem Redner dann noch den Bauarbeiterfuß einer scharfen Kritik unterzogen hatte, forderte er die anwesenden Gegner auf, in der Diskussion keine und Antwort zu stehen, was auch geschah. Es waren während der Versammlung ungefähr 65 Christliche mit ihrem M. Glöckner, Drei-Monats-Professor Kirchner erschienen. Dieser Musterchrist hatte nichts Eiligeres zu tun, als ganz von dem Thema abzuwischen und der Versammlung seine gut studierten in der M. Glöckner Sudelbücher gebrauchte christliche Phrasen aufzutischen. II. a. Log dem guten Patentkrist auch die Maifeier, der Zukunft steht und die Wollswacht des Menschen vom Asten sehr schwer im Wagen. Auch schüberte dieser Prählsbach seine

Organisation als die alleinfestigende und beste, und meinte dann ganz trocken, die paar minderwertigen Centralverbander würden sie auch noch in ihren Verband bekommen. So ging es ungefähr 20 Minuten, bis dieser Paulsberg schließlich selbst einsah, daß er sich bis auf die Knochen blamiert hatte. Nun forderte er zu einem Hoch auf den christlichen Verband auf, was große Unruhe in der Versammlung hervorrief. Dant der besonnenen Haltung des Vorsitzenden und unserer Kollegen, die die christlichen Schrifthalte zur Nation brachten, ist es diesen duldlosen Schäfern nicht gelungen, unter Verammlung zur Auflösung zu bringen, was der Hauptredner sein sollte. Dieser Herr Dr. Monats, Professor Reichen, der, nebenbei bemerkt, öfter stundenlang Steine auf die Gerüste schafft, um sich beim Polizei und Unternehmer Liedkind zu machen, eignet sich zum Geschäftsführer genau so gut wie der Hölz zum Kriegspapier. Nachdem dieses Musterexemplar von Christi Getreuen zum Verlassen des Rathauses aufgefördert hatte, zog die ganze feige Gesellschaft, geflossen, wie sie gekommen war, von dannen. Nachdem von verschiedenen Kollegen die Agitationsweise dieses Menschen sofort gebrandmarkt worden war, erhielt Kollege Nilslaus das Schlußwort. Er bedauerte lediglich das feige Verhalten dieser Zeitungsschriften und ihre Agitationsweise und forderte die Kollegen auf, mehr als bisher in diesem schwarzen Winkel für den freien Verband zu agitieren, damit diesen schwarzen Rattenfängern die Lust zu ähnlichen Mätzchen vergehe.

Schkeuditz. In der Mitgliederversammlung am 24. Juni wurden zunächst sechs Kollegen aufgenommen. Dann wurde Beschwerde darüber geführt, daß der Unternehmer Holzwig den tarifmäßigen Stundenlohn von 50 G. nicht zahlt. Es sollen Schritte unternommen werden, den Unternehmer Bumbrock zur Zahlung des tarifmäßigen Lohnes zu veranlassen. Die rücksichtigen Mitglieder sollen aufgefördert werden, bis zur nächsten Versammlung ihre Rückstände zu begleichen; wer dies nicht tut, wird als ausgeschlossen betrachtet. Kollege Görlitz berichtete als Bautontröster, daß der Gerüstbau des Unternehmers Sander zu bemängeln sei. Bei dem Unternehmer Schäfer sind keine Baubüden und Aborte gefunden worden. Es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, er möge dem Kollegen Görlitz Befehl ertheilen, die Baustellen daraufhin zu kontrollieren, ob Gerüste, Baubüden und Aborte den Vorschriften entsprechen.

Fliesenleger.

Nürnberg. In der Versammlung am 24. Juni kam eine Angelegenheit zur Sprache, die schon mehrfach Veranlassung zur Streit gegeben hatte. Als sich in diesem Frühjahr, namentlich vor der Landesausstellung, die Arbeit hier sehr häufte, wandten wir uns nach Stuttgart, um von dort einige von den streitenden Kollegen hier in Arbeit zu bringen, was uns auch gelang. Hatten wir es nur als selbstverständliche Voraussetzung, daß sich diese Kollegen, die alle organisiert waren, auch nach dem in Nürnberg kurz zuvor abgeschlossenen Vertrag richten würden, so hatten wir uns getäuscht. Es muß allerdings bemerkt werden, daß nicht alle hier bestätigten gewesenen Stuttgarter Kollegen gegen unseren Tarif verstoßen haben, sondern nur die, die bei der Firma Billeroh & Voß arbeiten. Diese Kollegen glaubten, durch möglichst lange Arbeitszeit unseren Tarif durchbrechen zu müssen. Warum waren wir günstig auf der Landesausstellung Überstunden zu machen, doch dafür müssten auch im Tarif festgesetzte Zuschläge bezahlt werden. Statt diese Zuschläge ebenfalls vom Unternehmer zu verlangen, wie es die übrigen Kollegen taten, arbeiteten die Kollegen von Stuttgart ohne Zuschlag. Als Entschuldigung gaben sie an, daß sie ja einen um 5 G. höheren Stundenlohn hatten. Noch nicht genug damit, daß sie wohl unter Zuschlag arbeiteten, glaubten sich die Kollegen auch noch dadurch in befondere Erinnerung bringen zu müssen, daß sie der Aufforderung unsererseits mit den übrigen auf der Arbeitsstelle arbeitenden Kollegen um 9 Uhr Abends Feierabend zu machen, nicht nachkamen, sondern noch über diese Zeit hinaus arbeiteten. Nachdem wir den Kollegen Vorhaltungen gemacht hatten, glaubten wir, sie würden bei späteren Privatarbeiten wenigstens die neunstündige Arbeitszeit immer halten, da diese Arbeiten doch nicht so sehr drängten. Aber weit gefehlt, unter elf bis zwölf Stunden pro Tag ging es nun einmal nicht. Da nun die Kollegen wieder in Stuttgart bestätigt sind, wird es wohl unter vorliegende Organisation nicht versäumen, diesen Kollegen den Wert der kurzfristigen Arbeitszeit noch besonders klar zu machen und sie ferner darauf hinzuweisen, daß sie auch in anderen Orten die vorliegenden Arbeitsbedingungen zu respektieren haben. Als hierauf noch einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden hatten, erfolgte Schluß des sehr gut besuchten Versammlung.

Veranstaltungsberichte gingen ferner noch ein aus Gummibinn, Elmshorn-Hörderischen, Mühlberg-Fischberg. Der Abruck lobt sich nicht, da die Ereignisse von irgend welcher Bedeutung in den Versammlungen nicht vorkamen.

Christliche Lägenbeutel

gilt es wieder einmal auszuholpen. Unter der Stichworte „Aus dem Ostpreislande“ brachte die „Baugewerkschaft“ vor einer Zeit einen Bericht, der von Blögen und Verbrennungen spricht. Der Zweck dabei ist, die bösen „sozialdemokratischen“ Männer wieder einmal des Terrorismus gegenüber den braven, ehrlichen „Christen“ zu beschuldigen. Es wird dabei geprahlt, daß man z. B. in A u t i c h eine „schöne Bahnhof“ habe, die eine „feste Burg“ des christlichen Streitkreisverbandes werden würde. Zur Sicherung der Wahrheit und auch um wieder zu zeigen, wie die „schönen Bahnhöfe“ der Christen zu stande kommen, sei folgende Zuschrift aus den fraglichen Orten wiedergegeben.

Die Christen stimmen in Nr. 20 und 24 ihres Blattes ein Loblied darüber an, daß sie im Norden Deutschlands einzubringen seien. So z. B. in A u t i c h und E m b e n. Sie vergessen aber zu schreiben, wes Geistes Kinder es sind, die sich ihrer Organisation angeschlossen haben und welche Brüder dienen diese beim diesjährigen Streit in A u t i c h ausüben. Sie zetzen über die „Unberechnung“ des Kampfes in A u t i c h und über den „Terrorismus“ den unsere Kollegen in A u t i c h und E m b e n ausüben und geben der Meinung Ausdruck, daß wir es nicht wagen, mit der Wahrheit herauszukommen. Ja, die Wahrheit wird aber zeigen, wie sie zu scheuen hat. Die Kämpfe unserer Kollegen in A u t i c h in den Jahren 1904 und 1905 haben

aus ihren Reihen 24 Streitkreise gezeigt. Jene Elemente wollten unsere Kollegen nicht wieder aufnehmen, vielmehr ließen sie sichlos bei Seite stehen. Die Unternehmer, die so ziemlich die schlimmsten Schurkenther im Baugewerbe sind, versuchten nun im Bunde mit den Streitkreisen, einen Teil in unsere Bewegung zu bringen, und dazu haben sie die christliche „Organisation“ gut genug zu sein. Natürlich waren diese auch zu derartigen Schänden garne bereit. Die Streitkreise-organisation wurde unter dem Protektorat der Unternehmer gegründet (d. Unternehmer kamen auch mit zur Versammlung) und nun ging das Kriegsfeind gegen unsere Kollegen los. Der Vorsitzende der christlichen Streitkreise ist Polster und sowohl der daran tun konnte, wie auch unsere Kollegen stets aufgeschreckt, oder sie erhielten von dem Unternehmer Bumbrock nach einer anderen Arbeitsstelle zu gehen. Das wollten sie sich natürlich nicht fortgelegt gefallen lassen. Da dieses Treiben nun wieder vor dem Eintreten von Differenzen in Anwendung kommen sollte, indem wieder zwei Kollegen fortgeschickt werden sollten, wurde der Unternehmer hierüber zur Rede gestellt, worauf unsere Kollegen die Antwort erhielt wurde, daß sie, falls sie nicht weiter arbeiten wollen, gehen könnten. Die Wicht der Unternehmer sowie auch der Streitkreise bestand darin, unsere Organisation zu sprengen, was schon daraus hervorging, daß die Unternehmer die Einberufung einer Sitzung zur Schlichtung der Differenzen ablehnten, als die beiden Bauvorhaben der Mauer und Bauarbeiter biserhals vorstellig wurden. Es geht aus dem Antwortschreiben der Unternehmer deutlich hervor, daß sie den Plan erisonnen hatten, im Bunde mit den Streitkreisen unsere Organisation zu vernichten. Darauf wandten sich dann die Streitkreise an die „Christlichen“, um eine Organisation zu gründen, gleichzeitig sollten sie auch die nötigen Arbeitswilligen stellen. Unter Führung des nach Gelsenkirchen „importierten“ Gewerkschaftssekretärs Bumbrock aus Münster ist das dann auch geschehen. Diese Mensch hat es bis zur Christliche nach A u t i c h gebracht und dann A u t i c h in einer Versammlung weltlich über „Sozials“ geschimpft. Als aber unsere Kollegen die als Arbeitswillige angeworbenen Christlichen über die Sache aufgeklärt hatten, wollten diese abreisen, aber Bumbrock telegraphierte: „Die Kollegen vom christlichen Verband weiter arbeiten.“ Das darüber unter unseren Kollegen Erbitterung herrschte, ist selbstverständlich. Des Morgens werden die braven christlichen „Gewerkschafter“ von den Meistern zur Arbeit geleitet und des Abends von der Polizei beschlagnahmt.

Run zu E m b e n. In E m b e n war bisher die Auffordung verboten. Dann kamen zwei Aufforderungen aus Wilschhausen, die sich „Christliche“ nennen und wollten sich darauf beauftragt. Als sich unsere Kollegen das verboten, sagten sie, sie wären selbst Meister, um so unsere Kollegen zu tätigen. Daß sie dabei nicht ganz sanft behandelt worden sind, ist selbstverständlich. Wir waren bisher der Meinung, daß sich die Kollegen überall den am Orte geltenden Verhältnissen anpassen müssten, auch die Christlichen.

Nun bleibt noch O s n a r u d. Die vorjährige Lohnbewegung wurde in Osnabrück gemeinschaftlich geführt. Als wir unterlegen waren, wollten unsere Kollegen trotzdem im selben Jahre noch einmal wieder den Kampf wagen. Sie wandten sich diesmal wieder an die christlichen Kollegen, aber diese wollten nicht mehr mitmachen und so unterließ für das Jahr jede weitere Lohnbewegung. Was taten aber die Christlichen? Ohne unseren Kollegen auch nur ein Wort davon zu sagen, kündigten sie mit dem Unternehmer Verhandlungen an und schlossen für 1906 bis zum März 1908 einen Vertrag ab. Gest im Frühjahr erhielten unsere Kollegen davon Kenntnis. Wenn das kein hinterlistiger Vertrag ist, dann gibt es überhaupt keinen. — Was sagen unsere Christlichen Bauschäfer hierzu? Es wird zwar schwer fallen, dies nach ihrem Schema F wieder zusammenzufügen, aber sie werden es schon fertig bringen.

Aus dem A u t i c h.

Nachdem der Streit im hiesigen Baugewerbe seinen Abschluß gefunden hat, indem die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen wurde, kommt die christliche Gewerkschaft in ihrem Fachorgan über das Verhalten der freien Gewerkschaft während des Streits. Die Herren sollten sich nur nicht so gebärden, als wenn die freie Gewerkschaft die Schuld trage, daß es nicht zum Tarifabschluß gekommen ist und sich einige Streitkreise unter den Kollegen befanden. Die Christlichen mögen sich die ganze Sache einmal gründlich ansehen und dann die Frage beantworten, wer eigentlich den ersten Schritt zum Streitkampf ins Leben gebracht hat. Wer es ist, kann man es nicht wissen, es ist die „Christlichen“? Nachdem die Bewegung eingeleitet war, wußte man im christlichen Lager noch nicht recht, ob man überhaupt mitkämpfen sollte. Denn die christliche Gewerkschaft wurde ja nicht im Interesse der Arbeiterschaft ins Leben gerufen, sondern um die freie Gewerkschaft mit Hilfe des Unternehmers und des Kapitalismus und der Geistlichkeit auszuschalten. Daraum ging auch der „christliche“ Bevölkerungsleiter am 26. März, bevor der Streit in der Versammlung beschlossen wurde, zum Pastor und holte sich Rat, damit das große Werk, das er jetzt beginnen wollte, nämlich den roten Teufel aus dem A u t i c h zu vertreiben, gelingen möge. In der Versammlung am 26. März wurde von der „christlichen“ Gewerkschaft einem Polier, der sogar noch im Vorstande war, die Erklaubnis erteilt, weiterzuarbeiten; statt dieses einen arbeiteten aber zwei Poliere, alle beide aus dem Vorstande, war das Streitkampf? oder war es vielleicht ein Liebeskampf, dem man den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes erweisen wollte, damit nicht etwa die freien Gewerkschaftsfolgen hinzämen und trüben das neue Amtsgesetzgebungsfort? Das war der erste Schritt zum Schaden der ganzen Bewegung. Punkt 2: Als wir nun taun 14 Tage in der Bewegung standen und es schon anfang langweilig zu werden, da ging man zum Bürgermeister und bat ihn, daß so freundlich zu sein und dazu beizutragen, daß eine Unterhandlung stattfinde, dies war wieder ein Fehltritt der Christlichen; denn wenn die Sache ehrlich gemeint war, dann mußte die freie Gewerkschaft davon in Kenntnis gesetzt und gezeigt werden, ob das geschehen solle oder nicht; von unserer Seite würden sie jedenfalls eine absläßige Antwort erhalten haben. So geschah alles hinter den Rücken der freien Gewerkschaft, wie es so Brauch und Sitte bei den guten Christen ist. Nachdem wurde wieder von der christlichen Seite gegen eine Anzahl hiesiger Gewerkschaftsleute eine schwarze Liste aufgestellt und den Mitgliedern verboten, bei diesen Leuten Waren oder Nahrungs-

mittel zu entnehmen. Gleichzeitig erhielt man einen Ruf in Nr. 88 des „Auebauer Volksblatt“ vom 25. April d. J., in dem man bekannt gab, daß die Unterhandlungen mit den Unternehmern gescheitert seien, und um Arbeit von Seiten der Wirtschaft bat, damit nicht noch die legten Kollegen abreisen müßten. Letztlich waren von den Christlichen aber nur ganz wenig abgereist. Darum auch die „großen Opfer“, die von der christlichen Gewerkschaft gebracht worden sind. Am 28. Mai hatten die Christen wieder eine alleinige Versprechnung mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, der Tags vorher eine Versammlung abgehalten hatte. Das Resultat war: Bedingungslose Aufnahme der Arbeit; die Unternehmer wollten keine Organisation anerkennen. Wir möchten nun an alle frei organisierten Kollegen im A u t i c h die Bitte richten, von jetzt an noch besser für die Organisation einzutreten und zu agieren, wir mit neuer Kraft und einer verstärkten Organisation gegen die Ausleitungen zu Felde ziehen können. Dann werden wir den Unternehmern beweisen, daß wir doch dann einem Tarifabschluß kommen, und sie werden auch dann die Organisation anerkennen müssen.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 24. bis 30. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Charlottenburg M. 1200, Breslau 400, Brieg 300, Weiß 1. Hollstein 800, Friedenau 200, Halbe 200, Schweinfurt (Ester) 200, Nassenheide 200, Cassel 150, Böhmen 150, Leipzig-Neudorf 150, Langenbrück 132,89, Frankfurt a. d. O. 132, Neuselle 130, Gifhorn 130, Frankenthal 120, Deutsch-Gissa 100, Friedeck 100, Lebden 100, Görlitz 100, Weitersdorf 100, Hausberge 75, Baruth (Mark) 70, Witten 60. Summa M. 4898,89.

Büchsen erhielten: Reinhardtsdorf M. 200, Annaburg 150, Löneburg 150, Luther a. Babenb. 100, Werben 100, Letzlin 75, Reimberg 75, Abterode 50, Bremervorstadt 80. Summa M. 930. A l t o n a, den 30. Juni 1906.

Karl Reit, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissions etc.

Antonienuhütte i. Ob.-Schl. Am 26. Juni waren einige Männer des Maurermeisters Rentzsch in der Hugo-Büttnerhütte bei einem Bau unter der Leitung des Maurerpolters Franz Babis beschäftigt. Über diesem Bau befand sich eine elektrische Leitungsbahn. Als nun die Gefelle bis zu der Drahtseilhöhe anlangten, fragte Polster Babis den Elektrotechniker Franke, ob auch die Drähte bei einer Berührung schädlich respektive lebensgefährlich seien. Da antwortete der Herr Sachverständige: „Die sind ausgedehnt; es ist keine Gefahr vorhanden.“ Trotzdem wagte es keiner, die Drähte anzufassen; zum Unglück glich unter Kollege Valentin Mallowski aus Wolken auf der Rüstung aus. Um nicht in die Tiefe zu stürzen, beschäftigte sich Mallowski der Drähte und verletzte sich schwer. Seiner? Der elektrische Strom war so lebenswichtig und verhinderte den Sturz, aber auch im Fluß der 19-jährige Gefelle den Rutsch. Dank der Geistesgegenwart der übrigen Kollegen, wurde er durch flüchtige Aktion wieder zum Leben zurückgebracht. Danach erfolgte seine Lebendführung ins Krankenhaus, wo er sich nach einigen Tagen erholt. Was wäre aus dem blühenden Kollegen geworden, wenn er allein dagewesen wäre? Und wer hätte Schutz an seinem Ende gehabt? Nur der Herr Franke, der ganz gleichgültig sagte, die Drähte sind nicht gefährlich. Natürlich für ihn waren sie es nicht. **Berlin.** Ein schwerer Bauunfall ereignete sich Freitag Nachmittag, den 28. Juni, in der Invalidenstraße 16. Das Haus 16 wird neu aufgeführt und ist bereits bis zum ersten Stock gediehen. Kurz vor 3 Uhr fuhren ein beladenes Mörtselwagen und ein Steinwagen in den Hof des Neubaus, der vollständig unterteilt ist. Obwohl die Kellerdecke durch schwere eiserne Türen gestützt ist, brach das Gewölbe doch unter der Last der Wagen kurz vor 3 Uhr ein. Die beiden Wagen wurden samt den Pferden in die Tiefe gerissen und drei Personen: ein Kutscher, ein Steinträger und ein Arbeiter, unter den Trümern begraben. Die Feuerwehr, sofort alarmiert, eilte herbei und arbeitete fast eine Stunde lang, um die Verunglückten zu retten. Schließlich gelang es, den Knäuel von Wagen, Pferden und Trümern zu lösen. Der Steinträger war tot, der Arbeiter dagegen schwer verletzt, daß seine Hoffnung auf Erholung seiner Leidenschaften nicht besteht, und nur der Mörtselwagen ist mit einer wenn auch schweren Verletzung am Kopf davongetragen.

Schönburg (Ostpreußen). In der Woche vor Ostern brannen hier das Hotel „Deutsches Haus“ bis auf die Mauerlinie und das daran hängende Gefäß ab. In dieser Verfolgung blieb die Brandruine stehen. Am Vormittag des 16. Juni, stürzte nun das ganze Mauerwerk auf die Straße. Ein Bauer, der gerade am Hause vorüberging, wurde lebensgefährlich verletzt. Zum Glück befanden sich in dem Moment nicht viele Menschen auf dem Trottoir, sonst wären sie demselben Schicksal verfallen. Nun erst wurde die Beförde mit allen Fachleuten auf die Gefahr, die wohlerhängend dem Publikum drohte, aufmerksam, und der Bau wurde abgerissen, um endlich in dieser lebhaften Straße das vorliegende Publikum zu schützen. In diesem Vorgang ist leicht zu erkennen, wie es erst mit dem Bauarbeiterchutz hier am Orte bestellt ist.

* **Die Sozialdemokraten kommen revidieren!** Eine erprobte Szene fragt auf einem Neubau in der Gutenbergstraße in Görlitz zu. Ein Steifsonnenbeamter der Unfallberufsgenossenschaft kam in den Hof eines Neubaus — auf den Bau lebte kam er nicht — und rief einem dort beschäftigten Maurer zu, daß er auf der Veranda die Türen dichten solle, damit niemand herunterfalle. Nach dem 1. Juli kamen die Sozialdemokraten und wollten die Bauten revidieren. (Der Beamte hatte sicher den Aufruf der Bauarbeiterchutz-Kommission zur allgemeinen deutschen Bauten-Revision gelesen. — D. Ned.) Der Herr meinte weiter, daß die Sozialdemokraten nichts finden dürften. Er wußte gar nicht, was die wollten; für Revisionen seien doch die Beamten da. Ghe der Kollege etwas erwidern

könnte, war der Mann wieder weg. Die Männer freuten sich höchst, als sie diese Geschichte von der offiziellen und von der sozialistischen Bauten-Revision hörten.

* **Submissionshöfen.** Eine besonders duffige Blüte in Bremen habe es aufgegangen. Dort hatte die Submission über die Rampe und Zimmerarbeiten beim Bau der Stellbahn 2. und folgendes Ergebnis:

| | |
|----------------------------------|--------|
| Schneider-Berlin | 351109 |
| Giese-Berlin | 834943 |
| Altmeier-Gesellschaft W. Schmidt | 141688 |
| Schmid-Altona | 141554 |
| Knackstedt-Gesellschaft | 102877 |
| Wittmer-Lübeck | 68282 |
| Höf & Co.-Bremen | 65580 |

Dazwischen war noch ein halbes Dutzend Firmen, deren Preisangebote sich zwischen M. 70 000 und M. 113 000 bewegten. Besser fand die Unhaltbarkeit des heutigen Submissionsverfahrens kaum illustriert werden, ist doch eine Differenz von nicht weniger als M. 285 000, ungefähr dem 4-fachen Betrage der niedrigsteren Angebote überhaupt vorhanden.

* **Eine gewaltige Talsperre wird im Möhnetal gebaut.** Das Projekt ist von der Regierung schon genehmigt und dürfte daher in nicht zu ferner Zeit seiner Verwirklichung entgegengehen. Im Kreise Soest (Westfalen), zwischen den Städten Arnsberg, Recklinghausen und Werd, liegt das Möhnetal. Es sammelt die Niederschläge von über 400 Quadratkilometern, und man berechnet die Menge seines jährlichen Zuflusses auf annähernd 250 Millionen Kubikmeter. Diese Wassermenge soll gesammelt und mit den Mitteln der modernen Technik der Industrie dienstbar gemacht werden. Die Fragen über die Unzulänglichkeit des Wasserstandes des Ruhr und der meisten Flüsse des Sauerlandes sind alt; namenlich die letzten trockenen Sommer haben den beteiligten Unternehmungen schwere Schädigungen gebracht. Das Ruhrgebiet besitzt zwar schon acht Speicher mit einem Gesamtvolumen von circa 30 700 000 Kubikmetern; eine neue, die Oestertalsperre, ist im Bau und wird noch 3 100 000 Kubikmeter fassen. Bei ungünstigen Wasserständen genügen diese Werke aber nicht zur Deckung des Bedarfs. Mit der neuen Talsperrenanlage will man dieser Not ein Ende machen. Die größte bestehende Speicher Deutschlands, die des Urfttales in der Eifel, füllt 45 Millionen Kubikmeter. Der Staumauer der Möhnetalsperre wurde von Regierungsbauamtsleiter Bins, der nach dem verhängnisvollen Sommer 1904 die Verhältnisse prüfte, auf 118 Millionen Kubikmeter veranschlagt, er wäre also mehr als zweieinhalfmal so groß, wie der des Urfttales. Das neue Wasserwerk soll nach dem Projekt eine Grundfläche von fast 1000 Hektar umfassen. Die Speermauer muss, um dem Druck des Wassersmassen standhalten zu können, gewaltige Dimensionen annehmen und äußerst kostspielig gebaut werden. Ihre Höhe soll 40 Meter, ihre Dicke am Fuße 81 Meter, an der Krone sechs Meter, der Gesamthöhe also über 200 000 Kubikmeter Mauerwerk betragen. Um sie ganz auf festen, gefundenen Felsboden stellen zu können, muss man das Betonfundament an einigen Stellen bis zu 9 Meter tief verlegen. Die Gewinnung und der Transport des Materials dürfte sich verhältnismäßig einfach gestalten, da die nahen Berge genug davon bieten. Man veranschlagt für den Gründungsarbeiten fast 6% Millionen Mark und für die Bauarbeiten weitere 6 Millionen, so dass die Gesamtkosten an 15 Millionen Mark heranrechnen werden. Amortisation und Unterhaltung der Anlage sind auf über M. 800 000 jährlich berechnet worden. Um Füllung der Speicher soll eine Kraftstation zu 2000 Pferdestärken angelegt werden. Für die Rentabilität dürfte wesentlich in Betracht kommen, dass eine Anzahl benachbarter Städte, darunter Dortmund, Arnsberg, Unna, Hamm und zahlreiche wasserarme Dörfer am Haarstrang" ihren Wasserbedarf teilweise oder ganz aus der neuen Speicher decken wollen, was durch deren hohe, für das Gesamtklima günstige Lage erleichtert würde.

* **Der Bodensee als Stauwehr.** Ein riesiges Projekt, das in seiner Ähnlichkeit am amerikanischen Unternehmungsgesetz erinnert, ist der von Ingenieur Rudolf Gehrke entworfene Plan der Regulierung des Bodenseewasserstandes. Wie Gehrke ausführt, weist der Bodensee zwischen Niederrhein und hohem Mittelrhein eine Niederschwankung von 1,8 m auf. Da seine Oberfläche mit dem Untersee beinahe 590 qkm beträgt, zeigt sich, dass im See selbst, ohne Aufstauung, d. h. nur durch Regelung des Abflusses, eine Milliarde Kubikmeter Wasser gelagert werden kann. Die Aufspeicherung kann erreicht werden durch eine Wehranlage bei Hemmingen. In Zeiten von mehr als 200 Sekundenabflusses Zuflussmenge in den See würde das Seebett gefüllt und sein Niveau so gestaltet sein, dass beim Eintritt des Niederrheinwassers der Seespiegel seinen höchsten Stand erreichte. Es könnte dann während einer Periode von 115 Tagen das Niederrheinwasser rund um 100 cm in der Sekunde vernebelt werden. Eine so lang anhaltende Niederrheinwasserperiode ist aber noch nie am Bodensee beobachtet worden. Die Wasserkräfte des Rheins können hierdurch ohne wesentliche vermehrte Auslastung für die herauftretenden Werke um rund 15 500 × 6 = 93 000 Pferdestärken vermehrt werden oder für die Schweiz und das Großherzogtum Württemberg um je die Hälfte dieser Zahl. Jeden dieser beiden Staaten ständen dann im ganzen auf dieser Strecke 99 400 + 46 500 = 145 900 Pferdestärken zu Gebote. Die Folgen einer solchen Stauung wären unglaublich. Zu dem gewaltigen Nutzen an Triebkraft wäre ein gut Teil der Hochwassergefahr beseitigt; die Schiffahrtsverhältnisse des Rheins wären wesentlich dadurch verbessert, um kurz, die Vorteile dieser Stauung sind so eindeutig, dass am endlichen Gelingen dieses verhältnismäßig nicht leeren Wiesenplans kaum zu zweifeln ist.

Aus anderen Berufen.

* Die Resolution 59 des Cölnuer Gewerkschaftskongresses sei unteren Besen hiermit in Erinnerung gebracht, damit sie ihrem Zweck nicht verfehlt. — Sie lautet: „Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands erfasst: Da die Agitation unter den Barbier- und Friseurgehältern infolge der rücksichtigen Verfassung des fraglichen Gewerbes außerordentlich erfordert ist, und der Barbierverband ein vorzügliches Erkenntnisdienst unterhält, um den Gehältern die Ausübung des Koalitionsrechts zu verhelfen, ist es notwendig, dass die

gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jede sich ihnen als Kunden der Barbier- und Friseurgehälter bietende Gelegenheit zur Aufklärung der Gehältern benutzen und möglicherweise ihren Einfluss geltend machen, um die Gewerkschaftshaber zu bewegen, das Koalitionsrecht anzuvertragen.“ Anfragen und Materialbestellungen sind zu richten an J. Ehlert, Hamburg 19, Osterstraße 106.

also das Urteil in Widerspruch mit dem, was unter anderen Kulturmenschen als Regel gilt. Es stellt lediglich die Korrektur eines früheren Erkenntnisses dar, das den Arbeiter nicht als freien und gleichberechtigten Staatsbürger, sondern als Hörigen ansieht und auffaßt. Das ist das einzige Verdienst des Urteils, dessen Gebanlgänge übrigens auch auf Polizei zutreffen.

Aus der Praxis der Arbeiterversicherung.

gr. Das lebte Hest der „Amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts“ leitete von neuem die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Tatsache, dass ein Teil der Invalidenversicherung an sich in der Praxis immer mehr den Berufsgenossenschaften näher. Es berichtet nämlich über zwei bezeichnende Fälle.

Zunächst handelt es sich um die Art und Weise, in der eine Versicherungsanstalt den Antrag eines Arbeiters auf die Gültigkeit einer Gutachten seines behandelnden Arztes begegnet, durch das seine Erwerbsfähigkeit erwiesen wurde. Es wurde aber von der Versicherungsanstalt mit seinem Anspruch abgewiesen. Am abweisenden Bescheid hatte die Versicherungsanstalt den Arbeiter darüber belehrt, dass er nach dem Invalidenversicherungsgesetz erst dann als invalid angesehen sei, wenn seine Erwerbsfähigkeit infolge von Alter, Krankheit oder anderem Gedränge dauernd auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, d. h. wenn er nicht in stande ist, durch eine seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit, die ihm unter billiger Verhüttung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derfeligen Gegenstand durch Arbeit zu erwerben pflegen. Hierauf heißt es in dem Bericht der Versicherungsanstalt weiter: „Nach den angestellten Ermittlungen können Sie noch mehr als dieses Drittel verdienen.“

Am befasst das Gesetz ausdrücklich, dass im Falle der Ablehnung eines Rentenantrages die Versicherungsanstalt in ihrem Bescheid die Gründe für die Ablehnung anzugeben hat. Eine „Begründung“ aber, wie in diesem Falle, ist der keine Spur. Deshalb schlägt sich das Reichsversicherungsamt veranlaßt, dem Vorstand der Versicherungsanstalt zu „bemerkten“, dass die Versicherungsanstalten nach dem Gesetz zu einer eingehenderen Begründung ihres ablehnenden Bescheides verpflichtet seien, und dass eine solche hier besonders dringend geboten gewesen wäre, weil das eine einzige ärztliche Gutachten, das sich zur Zeit der Bescheideerteilung bei den Alten befand, dem Rentenanspruch eigentlich günstig ist.

In dem anderen Falle hatte ein Arbeiter seinen Antrag auf Invalidenrente durch das ärztliche Zeugnis, dass er wegen Lungenentzündung dauernd nicht mehr ein Drittel des ordentlichen Lohnes verdienen könne, begründet. Darauf verlangte die Versicherungsanstalt, dass er ein ärztliches Gutachten nach einem beigefügten Formular beschaffen soll. Zugleich wurde ihm mitgeteilt, dass der Vorstand der Versicherungsanstalt unter den Bedingungen des abweisenden Bescheides verpflichtet sei, und dass eine solche hier besonders dringend geboten gewesen wäre, weil das eine einzige ärztliche Gutachten, das sich zur Zeit der Bescheideerteilung bei den Alten befand, dem Rentenanspruch eigentlich günstig ist.

In dem anderen Falle hatte ein Arbeiter seinen Antrag auf Invalidenrente durch das ärztliche Zeugnis, dass er wegen Lungenentzündung dauernd nicht mehr ein Drittel des ordentlichen Lohnes verdienen könne, begründet. Darauf verlangte die Versicherungsanstalt, dass er ein ärztliches Gutachten nach einem beigefügten Formular beschaffen soll. Zugleich wurde ihm mitgeteilt, dass der Vorstand der Versicherungsanstalt unter den Bedingungen des abweisenden Bescheides verpflichtet sei, und dass eine solche hier besonders dringend geboten gewesen wäre, weil das eine einzige ärztliche Gutachten, das sich zur Zeit der Bescheideerteilung bei den Alten befand, dem Rentenanspruch eigentlich günstig ist.

Die Versicherungsanstalt bewilligte nun, nachdem der Arzt auch noch das Formular ausgefüllt hatte, dem Arbeiter die Rente in Höhe von M. 184,80, zog ihm davon aber jene für das ärztliche Gutachten vorschüssig gezahlten M. 3 ab. Sie wollte also die Rente, die ihm aus der Beschaffung der für ihre Statistik notwendigen Angaben entzogen war, auf die armen Invaliden abwälzen. Selbstverständlich hat das Reichsversicherungsamt diese geflüchtige und ungerechte „Teilung“ nicht zugelassen und die Versicherungsanstalt verurteilte, dem Arbeiter die abgezogene M. 3 nachzuzahlen.

Wie sind derartige Untergüterleute bei einer Versicherungsanstalt möglich, in der ja „höhere“ Beamte das Regelmaß führen, demnach unter allen Umständen keine Unfairheit über ihre gesetzlichen Rechte möglich sein sollte? Hierauf geben uns die Erfahrungen mehrerer unserer Arbeiterfachverbände die nötige Antwort. So schreibt das Hamburger Arbeiterfachrat in seinem neuesten Jahresbericht: „Die Befreiungen, die wir in dem Kapitel „Unfallversicherung“ des näheren beleuchtet haben, und die im wesentlichen begreifen, die Mietentwickler zu discredieren oder sie gar als Simulanten hinzustellen, machen sich auch auf dem Gebiete der Invalidenversicherung in immer stärkerem Maße bemerkbar. Wenn wir noch vor zwei Jahren schreiben konnten: „Um überzeugen des Einbruchs nicht erwerben, so liegt darin kein Vertrauensbruch. Denn die Befreiung ist auf einer politischen Partei hat nichts mit dem Dienstverhältnis zwischen Bevölkerung und Arbeiter zu tun. Parteien stehen lediglich in einem Privatverhältnis zueinander, auf welches von keinem Einfluss ist, zu welcher politischen Partei der eine oder der andere Teil sich rechnet. Unerheblich ist deshalb, ob der Metallarbeiterverband, zu dessen Eintritt Arbeiter den Beugen bestimmen wollte, sozialdemokratischen Tendenzen huldigt oder nicht. Die Entlastung des Arbeiters wegen Verdachts des Betrauens würde nur dann gerechtfertigt sein, wenn Arbeiter gegen die Arbeitgeber und speziell gegen Bevölkerung agierten, aufscheiserische Reden in Versammlungen geführt, zum Streik aufgefordert hätte usw. Von einer Agitation des Arbeiters aber nach dieser Richtung hin ist nichts erwiesen.“

Das Urteil bietet nun absolut keinen Anlass, das erkennende Gericht mit Bobbeleien zu überdrücken. Es erneut sogar an einer Stelle einen recht reaktionären, absolutistischen Geist. Richtiglich da, wo es sagt, die Erkenntnung, dass der zu den Arbeitern kommende Chef zuerst die Miete abnehmen, d. h. gernmüllt, sei nicht erzt zu nehmen. Jeder Mensch mit guter Lebensorientierung ist in solchen Fällen für selbstverständlich halten, dass der Unternehmer resp. der Fabrikant zuerst grüßt, und wenn er es nicht tut, so beweist er damit nur, dass er ein Prost ist, dem eigene Bildung völlig fehlt. Der Arbeiter aber möchte eine komplette Anerkennung sein, der den zu ihm kommenden Unternehmer zuerst grüßt. In dieser Hinsicht steht sich

Der Bericht aus Halle a. d. S. a. B. teilt folgenden Fall mit: Eine Arbeiterin im Cölnne beanspruchte die Invalidenrente. Der behandelnde Arzt bezeichnete die Arbeiterin als invalid. Die Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt forderte noch ein Gutachten des Kreisgerichts Dr. Hauch in Cölnne ein. Der Herr erklärte, dass die Arbeiterin nicht dauernd erwerbsfähig sei. Die untere Verwaltungsbehörde mit ihren Beispielen hält trotzdem die

